2. Quartal 2000 Nr. 34

ZAG

antirassistische zeitschrift

erscheint vierteljährlich
Postvertriebsstück A 12057 F
6 DM

ISLAMBILDER

Postvertriebsstück A 12057 F – Gebühr bezahlt

04

Infoladen Leipzig

Koburger Str. 3
04277 Leipzig

ZAG/Antirassistische Initiative e.V., Yorckstraße 59, HH, 10965 Berlin

INHALT

Die ZAG hat stets Interesse an Artikeln aus dem Bereich Antirassismus. Am liebsten sind uns klar strukturierte Artikel mit nicht mehr als 8.000 Zeichen, die auf keinen Fall mit „Seit der Abschaffung des Asyslrechts..." beginnen sollten. Texte bitte einmal auf Diskette im MS-DOS- oder Winword-Format und einmal ausgedruckt an untenstehende Adresse senden. Da die Redaktion sich Überarbeitungen und Kürzungen vorbehält, bitte unbedingt eine Kontaktadresse angeben.

Impressum
ZAG – antirassistische Zeitschrift
Herausgeberin:
Antirassistische Initiative e.V.
Redaktion
Albert, Elke, Jürgen, Kathrin, Markus, Tilmann, Tobias
Redaktionsanschrift
ZAG/Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin
fon 030/785 72 81
fax 030/786 99 84
email:
zag@mail.nadir.org
homepage:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/zag
Konto
Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr.: 303 96 01
(ARI: 303 96 00)
BLZ: 100 205 00
Erscheinungsweise: vierteljährlich
V.i.S.d.P.
Peter Finger
Layout
face it!
Titel
face it!
Druck
Eindruck Berlin

Redaktionsschluß
für die nächste Ausgabe: 3.5.2000
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 15.12.98

Der rote Faden

Traurigerweise hat uns unser langjähriges Redaktionsmitglied Jürgen, genannt „der Temming" über die unerquickliche Tatsache in Kenntnis gesetzt, daß sein Tag zur Zeit lediglich 24 Stunden umfaßt, er also dank so unwesentlicher Kleinigkeiten wie der schnöden Erwerbsarbeit, sozialer Beziehungen und anderer Nebensächlichkeiten, nicht mehr im bisherigem Umfang für uns auf die Suche nach dem schon berüchtigten „roten Faden" gehen kann. Da momentan zwar positive Entwicklungen in den Verhandlungen über die Verlängerung des Tages auf 35 Stunden bei voller Freizeitkürzung zu erkennen sind, der entscheidende Durchbruch jedoch noch nicht erreicht wurde, konnten wir wenig entgegensetzen. Uns bleibt die Hoffnung, daß sich die Tage verlängern, denn auf seine wortgewaltigen Kapriolen verzichten wir nur ungern. Doch zu erfreulicherem:

Die erstaunlichste Einigung Europas verdanken wir Österreich. Die Begeisterung der Redaktion ist beinahe grenzenlos, Europa ist antirassistisch, wir atmen auf. Wir haben die Größe, bisherige Fehleinschätzungen zu korrigieren. Mit überschwenglicher Freude feierten wir. Nachrichten wie „Finnland endlich dicht", „Dänemark marschiert", „Pogrom in Spanien" oder „Nazis im Stechschritt durchs Brandenburger Tor" müssen bösartige Enten sein, zu nichts anderem geschaffen, als unsere Europabegeisterung zu trüben. Und da sich das Brandenburger „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit" nun doch nicht gegen den berüchtigten linken Terror in diesem Bundesland wenden will, bemüht sich nun sein einschlägig bekannter Innenminister Schönbohm, eine „Sicherheitsoffensive Brandenburg" ins Leben zu rufen. Irgendwo in diesem Land könnte es vielleicht noch eine/n nicht erschlagene/n politisch Linke/n geben, da muß gehandelt werden – die faschistische Gefahr hat sich ja nun nach Österreich verzogen.

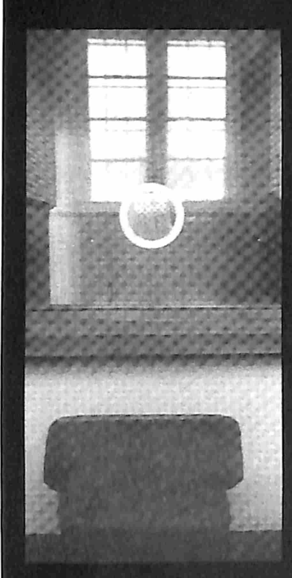
Überhaupt geht jetzt „mal endlich ein Ruck durch die Gesellschaft". Aus der Vergangenheit wird nun gelernt! Gastarbeiter rein ist das neue Motto der Bundesregierung. Die ewig Gestrigen stänkern natürlich wieder herum. Doch diesen Quatsch durchschaut ja zum Glück jede/r: Was brauchen Entwicklungsländer Informatiker? – so ein Blödsinn! Endlich stellt sich eine Regierung auch den Erfahrungen der Geschichte, zieht die notwendigen Lehren daraus: qualifizierte Arbeiter ja (Deppen haben wir schon genug) – Familien auf gar keinen Fall – hierbleiben? Also bitte! – und schon mäkeln sie was von Sklavenhaltermentalität.

Dabei wird alles endlich gut. In Berlin schlägt endlich die Schulstunde gegen Gottlosigkeit, in den Gubener Prozeßpausen können die Angeklagten ihrer Betroffenheit an der Gedenkstätte Ausdruck verleihen und gestalterisch neue Akzente setzen. Schade daß die Welt vom heroischen neuen Wirken so schlecht unterrichtet ist, daß die Begleiter einer organisierten Gruppenreise nach Ghana von den dortigen Ordnungshütern festgesetzt wurden und sich ihr Schützling – das Amtsdeutsch „Schübling" bedarf einer dringenden Anpassung an die neuen antifaschistischen Verhältnisse, es klingt so negativ – ersteinmal ohne sie zurechtfinden mußte. Dieser mit langer Tradition unter dem erfolgreich Kürzel BGS firmierende Spezialist stolpert zur Zeit ohnehin von einer Krise in die nächste, wurde ihm doch auch der Handel mit hochqualitativen Wirtschaftsgütern, Stichwort Psychodelika, untersagt. Da zeigt uns die Frankfurter Zweigstelle des BGS endlich, wie das mit der Reduzierung staatlicher Kosten im Dienstleistungsbereich Erfolg hätte, schon sabotieren Quertreiber jedes Engagement.

Leicht verstört nahmen wir jedoch zur Kenntnis, daß dem deutschen Gatten seine in binationalen Ehen ohnehin sehr anstrengende erzieherische Aufgabe gegenüber seiner Angetrauten erschwert wird. Soll sie doch bei ihren haltlosen Anwürfen gegen ihren gütigen Meister, schon bei Nickligkeiten wie dem pädagogisch notwendigen Klaps mit anschließender medizinischer Betreuung einen vorzeitigen Abbruch der Lehrzeit ohne direkte Entlassung aus der so gastfreundlichen Volksgemeinschaft erreichen können. Ein mutiger Schritt, gefährdet er doch Grundwerte wie die Ehe. Denn eigentlich ist bei so gut geprüften, sorgfältig bearbeiteten und auch nach der Schließung amtlicherseits anteilnehmend begleiteten Ehen ein solcher Schritt doch kontraproduktiv.

Leicht irritiert
Eure ZAG-Redaktion

Foto: Albert Zecheru



From Death Row

Die über 8.000 Menschen, die sich am 5. Februar 2000 auf der bundesweiten Demonstration in Berlin für Mumia und gegen die Todesstrafe eingesetzt haben, waren ein wichtiger Schritt in der aktuellen Kampagne, die Mumias Verfahren vor dem Bundesgericht begleitet. Anfang März fanden in Paris und London ebenfalls internationale Aktionen für Mumia statt. Jetzt warten alle gespannt darauf, wie der zuständige Bundesrichter Yohn die weiteren Verfahrensschritte handhaben wird. Schließlich ist er die alles entscheidende Instanz. Nur bei ihm können noch neue Zeugen und Beweise ins Verfahren eingeführt werden. Damit befindet sich Mumias Verfahren momentan an einem kritischen und alles entscheidenden Punkt. Aus diesem Anlass dokumentieren wir hier einen Spendenaufruf, der von den Gruppen des bundesweiten Mumia Soligruppen Treffens getragen wird:

Der juristische Stand der Dinge im Streit um das Wiederaufnahmeverfahren für Mumia ist der, daß Verteidigung und Staatsanwaltschaft bis zum 2. April 2000 ihre letzten Stellungnahmen bei Bundesbezirksrichter Yohn abgegeben haben müssen. Die ursprünglich für den 7. Februar 2000 angesetzte Frist war von Yohn verlängert worden, weil er Stellungnahmen der beiden Parteien zur Wertung der Verhandlungsführung von Richter Sabo in den Verfahren von 1982 und 1995 haben wollte. Nach dem 2. April werden erste mündliche Erörterungen („oral arguments") vor Richter Yohn stattfinden. Niemand kann sagen, ob das schon in der ersten Hälfte oder erst in der zweiten Hälfte des April passieren wird. Die Verteidigung hofft, dass Richter Yohn dann entscheidet, eine Anhörung durchzuführen, in der sie endlich die entlastenden Beweismittel, Sachverständigengutachten und Zeugenaussagen im Gerichtssaal präsentieren kann.

Alle Auslagen, Honorare und Reisespesen für private Ermittler, Sachverständige, Gutachten, ZeugInnen etc. müssen vom Angeklagten und seiner Verteidigung selbst getragen werden. Das heißt, die Anhörung, die ein gewaltiger Schritt auf die positive Entscheidung für das Wiederaufnahmeverfahren wäre, wird einige zehntausend Dollar kosten, die einfach nicht da sind. Das hat Len Weinglass bei seinem Besuch in Berlin geschildert.

Da diese Anhörung die definitiv letzte Möglichkeit ist, alle in den letzten 8 Jahren von der Verteidigung ermittelten entlastenden Beweise öffentlich zu präsentieren, dürfen wir es nicht zulassen, daß Mumia und seine Verteidigung jetzt in eine finanzielle Klemme geraten.

Die im Bundestreffen der Mumia Abu-Jamal Unterstützungskomitees organisierten Gruppen haben deshalb den Vorschlag begrüßt, jetzt sofort alle Anstrengungen darauf zu konzentrieren, bis Ende März mindestens 10 000,– DM zu sammeln. UnterstützerInnen in einem europäischen Nachbarland haben die Idee spontan aufgegriffen und zugesagt, weitere 10 000,– DM beizusteuern.

Anfang April soll anläßlich einer Reise in die USA zu einem Knastbesuch bei Mumia ein Scheck über den genannten Mindestbetrag an Leonard Weinglass überreicht werden.

Wir bitten deshalb um Überweisung der Spenden unter dem Stichwort „Anhörung" auf das Spendenkonto für das Wiederaufnahmeverfahren. Alle dort eingehenden Spenden werden ohne Verwaltungsabzüge etc. direkt mit Leonard Weinglass abgerechnet:

Sonderkonto „Jamal"/Archiv 92
BfG: Bank Bremen
Kto.-Nr. 100 873 8701
BLZ 290 101 11
Verwendungszweck „Anhörung"

Für diesen Sammelzweck werden leider keine steuerlich absetzbaren Spendenbescheinigungen ausgestellt.

Len Weinglass wurde in einem Telefonat vom Start der aktuellen Sammelinitiative unterrichtet und läßt allen Dank und Grüße des Verteidigungsteams übermitteln.

Im übrigen geht die Kampagne mit der bundesdeutsche Firmen, die in Pennsylvania investiert haben, dazu gebracht werden sollen, sich bei Gouverneur Thomas Ridge für die Abschaffung der Todesstrafe und für Mumia einzusetzen, weiter. Unter dem Motto „Schneller hinrichten mit Haribo und Bayer" gibt es beim Solibüro Berlin Postkarten, die an die Firmenleitungen geschickt werden können und beim Solibüro gegen Portokosten bestellt werden können. Darüber hinaus wird es als nächsten Schritt in der Kampagne am 20. Mai unter dem Motto „Der plötzliche Tod ist eine deutsche Spezialität" in Leverkusen eine Demonstration zu den Bayer-Werken geben. Thema der Demo ist zum einen der Umgang von Bayer mit den NS-ZwangsarbeiterInnen, Bayerns Rolle im Trikont und Bayers indirekte Unterstützung für die Todesstrafenpolitik in Pennsylvania. Die Demo wird von einem breiten Bündnis getragen, u.a. von der VVN/BdA, der Coordination gegen Bayergefahren Düsseldorf, dem Mumia Abu-Jamal Solidaritätstreffen Köln und AntifaschistInnen.

Weitere Infos findet Ihr auf der Webseite des Berliner Solibüros unter folgender Adresse: http//www.berlinet.de/ari/kampagne/mumia.

Solidaritätserklärung

„Jedes Herz ist eine revolutionäre Zelle"

Unser Freund Harald G., Mitarbeiter der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) wurde am 19. Dezember 99 verhaftet und sitzt seither in der JVA Düsseldorf in Einzelhaft. Zeitgleich wurden Axel H. in Berlin und Sabine E. in Frankfurt festgenommen. Die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft beziehen sich auf Anschläge gegen den damaligen Leiter der Berliner Ausländerbehörde, den Vorsitzenden Richter des Bundesverwaltungsgericht, gegen die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Berlin in den Jahren 1986 – 1987 und auf die Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen, bzw. der Roten Zora.

Harald ist Mitinitiator der 1995 gegründeten Dokumentationsstelle „Menschenrechtsverletzungen an der Grenze" – einem Gemeinschaftsprojekt von FFM und ARI – und der Dokumentation „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen". Diese Dokumentation belegt u.a., daß vor allem die abgeschotteten Ostgrenzen der BRD für Flüchtlinge hochgefährlich sind und daß der Versuch, sie zu überwinden, für viele tödlich endet. Die Menschen ertrinken in den Grenzflüssen oder erfrieren. Sie werden von den Polizei- und Zollhunden gehetzt und gebissen oder verunglücken bei der Verfolgung durch den Bundesgrenzschutz. Von 1993 bis 1999 starben mindestens 113 Flüchtlinge auf dem Wege in die Bundesrepublik oder an den Grenzen. Die tödlichen Folgen bundesdeutscher Abschottungspolitik!

Einer von Haralds Arbeitsschwerpunkten ist die Situation der Flüchtlinge an den deutschen Ostgrenzen. Gemeinsam mit ihm haben wir eine Veranstaltung zur beispiellosen Kriminalisierung von TaxifahrerInnen in den Grenzregionen zu Polen und Tschechien organisiert. Einige dieser Taxifahrer wurden zu langen Haftstrafen verurteilt, weil sie Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere befördert haben. Daß deren Situation und das menschenverachtende Vorgehen des BGS international bekannt wurden, ist vor allem Haralds Arbeit zu verdanken. Bis zu seiner Festnahme beobachtete er den Verlauf des Prozesses gegen die Täter, die im Februar in Guben den algerischen Flüchtling Farid Gouendoul in den Tod hetzten.

Harald, Du fehlst uns!

Wir, alle MitarbeiterInnen der Antirassistischen Initiative Berlin, solidarisieren uns mit Harald und den anderen Gefangenen und fordern ihre sofortige Freilassung.

Wir wehren uns gegen die Kriminalisierung und Diffamierung von Menschen, die Widerstand gegen den rassistischen Alltag leisten und die Abschottungspolitik der BRD anprangern und bekämpfen.

Wir lassen uns nicht spalten!

Sofortige Freilassung von Harald, Axel und Sabine!

Spendet!

Für die Prozeß- und Reisekosten wird dringend und wahrscheinlich mindestens ein Jahr lang viel Geld benötigt (ca. 120 000,– DM).
Hilfreich wären regelmäßige Überweisungen, damit wir unsere Kräfte sinnvoller als für die ständige Geldbeschaffung einsetzen können.

Spendenkonto:
Martin Poell, Postbank Berlin,
BLZ 10010010, Konto-Nr.: 2705-104, Stichwort: Freilassung

Die eingehenden Gelder werden auf alle drei Gefangenen gleichermaßen verteilt.
Weitere Informationen über www.freilassung.de
und die FFM Fon 030 – 693 83 18
Briefe an die Gefangenen bitte über FFM,
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin oder über die ARI

Von der Blutsnation zum Leistungsstaat

Zum 1. Januar trat das neue Staatsangehörigkeitsgesetz in Kraft

Seit dem 1. Januar 2000 ist das neue Staatsangehörigkeitsgesetz in Kraft. Von der „überfälligen Modernisierung des völlig veralteten deutschen Staatsangehörigkeitsrechts" und von einem nun endlich erreichten „realistischen Begriff der Nation" (Innenminister Otto Schily) ist die Rede, für die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck, ist die Reform gar ein „Bruch mit der Vorstellung, wer deutsch ist". Genau betrachtet stimmt das zynischerweise sogar: Der Anspruch auf Einbürgerung ist an zahlreiche Voraussetzungen gebunden. So darf der Antragsteller weder Sozial- noch Arbeitslosenhilfe beziehen, sowohl das polizeiliche Führungszeugnis als auch die Kenntnisse der deutschen Sprache müssen gut sein. Diese Voraussetzungen werden aber in verschiedenen Bundesländern sehr unterschiedlich angewendet werden. Ausländische Kinder, von denen ein Elternteil die Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllt und mindestens acht Jahre lang in Deutschland ansässig ist, erhalten in Zukunft zwar automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Darüber hinaus sollen Minderjährige die deutsche Staatsbürgerschaft beanspruchen können, wenn ein Elternteil über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis verfügt und beide seit fünf Jahren in familiärer Gemeinschaft in Deutschland leben. Eine generelle Abkehr vom ius-sanguinis-Prinzip des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts freilich bedeutet das nicht. Weder bekommen wie etwa in den USA, in Frankreich oder anderen europäischen Staaten alle im Land geborenen Kinder von Ausländern automatisch die Staatsangehörigkeit, noch hat sich Rot-Grün zu einer Abkoppelung des Staatsangehörigkeitsrechts vom Ordnungsrecht durchringen können. Deutschland wird weiterhin das einzige Einwanderungsland in Westeuropa bleiben, das die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit im Regelfall ausschließt. Die bestehenden Verordnungen werden in diesem Punkt sogar noch verschärft. Kinder, die künftig mit der Geburt neben der deutschen noch eine weitere Nationalität erwerben, müssen sich zwischen dem 18. und dem 23. Lebensjahr für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden. Denen, die sich dann nicht entscheiden wollen, soll die deutsche Staatsangehörigkeit wieder entzogen werden.

Gesetzliche Verbesserungen für die erste „Gastarbeitergeneration", den teils über 30 Jahren hier Ansässigen, sind ausgefallen. Einbürgerungserleichterungen für sie bringt das neue Gesetz nicht – außer einer in diesen Fällen nicht relevanten Reduzierung der notwendigen Aufenthaltsdauer für die Anspruchseinbürgerung von 15 auf 8 Jahre. Dafür sorgen die nun zwingend vorgeschriebenen Sprachtests und die Einbürgerungsvoraussetzungen der Straffreiheit, des Nichtbezugs von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe und die geforderte Verfassungstreue für durchgreifende Verschärfungen. Nach der bundeseinheitlichen Verwaltungsvorschrift für die Einbürgerung muss der Einbürgerungsbewerber „den eigenen und den Lebensunterhalt der Familie sowie etwaige gegen ihn gerichtete Unterhaltsansprüche nachhaltig und auf Dauer aus einem selbst erwirtschafteten Einkommen, einem eigenen Vermögen oder einem bestehenden Unterhaltsanspruch gegen einen Dritten bestreiten können, ohne auf einen Anspruch auf Unterhalt aus öffentlichen Mitteln angewiesen zu sein" – eine Richtlinie, die der Behördenwillkür Tür und Tor öffnet: Wer schließlich kann dies bei den heutigen Beschäftigungsverhältnissen noch garantieren? Es geht aber noch weiter: „Die Unterhaltsfähigkeit umfasst auch eine ausreichende soziale Absicherung gegen Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit und für das Alter", wird da von den Neudeutschen gefordert. Ist schon für den Erwerb der permanenten Aufenthaltsberechtigung eine dreijährige Beitragszeit zur Rentenversicherung notwendig und damit ein längerfristiges sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis, so wird diese sozialstaatliche Diskriminierung nun nochmals gesteigert. Bei Bezug anderer Leistungen wie Arbeitslosengeld, Erziehungsgeld, Unterhaltsgeld, Krankengeld, Wohngeld oder Ausbildungsförderung ist nach der Verwaltungsvorschrift eine Prognoseentscheidung erforderlich, ob der Einbürgerungsbewerber künftig in der Lage sein wird, seinen Unterhalt ohne Bezug solcher Leistungen aus eigenen Kräften zu bestreiten. Im Klartext: Der Einbürgerung würdig sind nur solche Ausländer, die jahraus, jahrein in die Sozialkassen einzahlen, ohne jemals auf deren Unterstützung angewiesen zu sein. Auch als Neudeutsche sollen sie die alte Funktion der Gastarbeiter weiter erfüllen, weitaus mehr zur sozialen Sicherung beizutragen, als sie selbst in Anspruch zu nehmen berechtigt sind.

Jochen Baumann

Foto: Albert Zecheru



Jörg Haider, der heimliche Sprecher der EU

Seine Wurzeln vom Kärntner Heimatbund 1984 zum EU-Konzept der „Festung Europa“

Die Tendenzen halten an – auch innerhalb der deutschen und schweizerischen „Linken“ -, Politik und persönliches Verhalten des österreichischen Rechtsaußen Jörg Haider zu verharmlosen. Dies macht eine kleine Retrospektive auf das Kärnten des Jahres 1985 notwendig. Darin wird erkennbar, dass hinter dem Blut-und-Boden-Nationalismus von Haider schon damals System und langfristige Planungsbereitschaft steckte.

„Zwanglos“, so heißt es im Büchlein einer internationalen Beobachterkommission aus dem Jahre 1985, würden die Kinder in den zweisprachigen Schulen im grenznahen Raum von Kärnten „von der einen in die andere Sprache wechseln“. Die Kommission aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz machte den friedlichen, antinationalistischen Charakter von Kindern und Jugendlichen im slowenischen Minderheitsgebiet in Kärnten deutlich.

Schon damals war die Existenz solch zweisprachiger Schulen bedroht. Nationalistische Kreise hatten für ein Referendum „gegen den Zweisprachenunterricht“ rund 33000 Unterschriften sammeln können. Das Volksbegehren aus dem Jahre 1984 war initiiert vom konservativen „Kärntner Heimatbund“. Aktiv und erfolgreich mit dabei: der damalige Jungpolitiker Jörg Haider. Es war der Beginn seiner Laufbahn als politischer Führer der Rechtsaußen, Rechtsnationalisten und „Deutschtümelnden“ in Österreich. Fünfzehn Jahre später, 1999, sollte er die Wahl zum Landeshauptmann in Kärnten, also dem Regierungschef, gewinnen.

Glücklicherweise war Haiders Schulprogramm – Motto: Wie verlerne ich die Sprache meiner Nachbarn – nicht rundum von Erfolg gekrönt, sind die zweisprachigen Schulen nicht abgeschafft worden. Die Volksschule von Leppen/Lepena hat der Kommunikationswissenschaflerin Brigitte Busch von der zweisprachigen Universität Klagenfurt das Beispiel geliefert für eine im Jahre 1996 veröffentlichte „Mikrountersuchung sozialer und kultureller Gegensätze“. (Drava-Verlag, Klagenfurt; www.slo.at/drava)

Dieselbe Wissenschaftlerin hat 1990 – sechs Jahre waren seit Haiders ersten Erfolgen in der Kärntner Politik vergangen – den Zusammenhang zwischen den fremdenfeindlichen und rechtsnationalistischen Positionen von Jörg Haider und der übergeordneten Abschottungspolitik im Rahmen von Schengen und der Festung Europa aufgezeigt.

„Der Bauplan für das gemeinsame Haus Europa“ entpuppe sich „zunehmend als Plan einer Festung, die sich nach außen zumauert und in ihrem Inneren Klassen von Bürgern mit mehr, mit weniger und mit gar keinen Rechten schafft. Dieses Europakonzept eröffnet der extremen Rechten ein unerschöpfliches Betätigungsfeld. Die Horrorvision vom Ansturm der Barbaren, die das zivilisierte Europa überrollen, wird in griffige Primitivformein komprimiert.“ Haider und seine Parteigänger würden dabei „ihren europäischen Gesinnungskameraden“ in nichts nachstehen. Sie zitiert den Rechtsaußen in Aussagen über „Bevölkerungsüberschüsse“, die sich über kurz oder lang „zu uns in Marsch setzen“ würden, und über den „Zuzug von 700.000 ausreisewilligen Sowjetbürgern“, gegen die nur die Verhängung des Visumszwangs tauglich sei. Die Politik der nach außen geschlossenen Grenzen gehe im Inneren einher mit einer Politik der Ausgrenzung der im Land lebenden Bürgerinnen und Bürger anderer Staatsbürgerschaft oder Herkunft. Die Autorin schreibt vom Mythos der „mit Blut geschriebenen Grenze“, die zum Mittel der Ausgrenzung "nicht-assimilierungswilliger Slowenen“ werde. „Wir im Süden, in Kärnten“, zitiert sie Jörg Haider, „wissen, wie labil die Verhältnisse an unseren Grenzen sind.“ In einer Re-

Die Horrorvision vom Ansturm der Barbaren, die das zivilisierte Europa überrollen, wird in griffige Primitivformeln komprimiert.

solution von Haiders Partei zur Zweisprachigkeit in den Schulen zeigt sich dieses „Kärntner Modell" besonders eindrücklich: „Jede Benachteiligung österreichischer Schüler durch einen hohen Anteil fremdsprachiger Klassenkollegen ist durch eine nach muttersprachlichen Gesichtspunkten organisierte Einrichtung von Paralielklassen in den Hauptgegenständen [Haupfächern Anm. d. Red.] und gemeinsamen Unterricht in Nebengegenständen zu verhindern. Eine solche Regelung ist im schulischen Interesse aller ethnischen Gruppen gelegen."

Dies würde zur „Schaffung von Ausländerghettos" führen, meint Brigitte Busch abschließend zur Zweisprachigkeit im Schulunterricht, welche in der Propaganda von Haiders Freiheitlicher Partei als „bedrohliche und zwangsläufige Folgeerscheinung der Einwanderung" dargestellt werde. Auch in diesem Bereich, so muss man aus ihrem Beitrag schließen, gilt: „Die extreme Rechte liefert die ideologische ‚Argumentation' der real existierenden Abschottungspolitik und bereitet ihr den Boden."

Beat Leuthardt

Der Text basiert auf dem Kapitel „Österreich-Slowenien-Ungarn-Slowakei" von Beat Leuthardts eben erschienenem Buch „An den Rändern Europas. Berichte von den Grenzen" (Rotpunktverlag Zürich, 38 DEM, Bezug: Buchhandel, Verlag oder beim Autor: Büro EuroGrenzen, Pf 2260/CH-79557 Weil am Rhein, Fax: 0041 61 263 000 6, e-mail: leu@euro-grenzen.de)

Andalusische



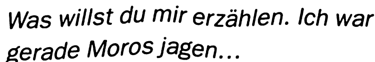
Was für Rassisten sind doch diese Österreicher! Schau! Sie wählen Haider ...

„Alimentos de Andalucía" steht im Winter auf den Gemüsekisten im Laden, die von knackigem Romanesco und Eisbergsalat, Peperoni und Tomaten überquellen. Und auf vielen dazu noch: „Aus El Ejído". Dieser spanische Ort hat kürzlich Schlagzeilen gemacht: Ein wütender Mob verfolgte nach einem Tötungsdelikt an einer Spanierin tagelang die marokkanischen Einwanderer, die in den Gemüseplantagen als billige Pflücker arbeiten.

El Ejído, das ist der kleine Ort in der andalusischen Provinz Almeria, wo zu Beginn dieses Jahres Unruhen aufgekommen sind, wo Marokkaner durch die Straßen gejagt und mit dem Tode bedroht wurden, wo die Behörden und Ordnungskräfte erst nach Tagen – und auch dann nur halbherzig – eingegriffen haben. El Ejído, das ist da, wo die europäischen Medien ihre Reporter bloß für einen Tag einfliegen ließen. Und weil sich im Februar offenbar nicht einmal das sonst so beliebte journalistische Nachfassen für die Medienzentralen lohnte, verliefen die Einkäufe bei Rewe, Aldi oder Spar weiter wie jeden Winter. Denn mit dem Billiggemüse aus Südspanien werden hierzulande die Monate ohne einheimische Ernte überbrückt. Über den Sinn der LKW-Kühlkettentransporte über mehr als tausend Kilometer macht man sich in Resteuropa meist keine Gedanken, über die Arbeits-

s Gemüse mit rassistischem Einschlag





Was willst du mir erzählen. Ich war gerade Moros jagen...



Wie?



Frau! Es ging um die Sicherheit unserer Arbeit

und Lebensbedingungen der Pflücker und Fabrikarbeiterinnen dort unten im armen Andalusien erst recht nicht. Im Dorf El Ejído und in seiner Umgebung, nur wenige Kilometer von den mondänen Ferienstränden der Costa del Sol entfernt, findet sich das mit Abstand größte Anbaugebiet Europas für Gemüse. Der fünftgrößte mit Plastik überdachte „Garten" der Welt ist mehrere hundert Kilometer lang. Nur einen Steinwurf von der verschneiten Sierra Nevada entfernt wächst da Europas winterliches Sommergemüse. Am Montag wird es von den meist marokkanischen Arbeitern gepflückt und sortiert, am Mittwoch liegt es in den Regalen der westlichen Großverteiler. Hunderte von Patrons und Zehntausende von Saisonniers hängen am Tropf der Schlechtzahler wie der deutschen Ladenkette Rewe und der Gutzahler wie Migros und Coop Schweiz.

Neigt, wer ausgegrenzt war, selber zur Ausgrenzung?

Seit langem war vorhersehbar, dass es in dieser Gegend zu fremdenfeindlichen Übergriffen und rassistischen Ausschreitungen kommen könnte. Denn die „moros" (Mauren, die arabischen UreinwohnerInnen Andalusiens) sind bei den spanischen Einheimischen unbeliebt – eine mehrhundertjährige Geschichte der Konfrontation, der Kolonisation und der Indoktrination hat bei der Bevölkerung ihre Spuren hinterlassen. Dazu kommt die etwas dunklere Haut der Pflücker, die analog wie die ebenso ungeliebten Gitanos zuunterst auf der sozialen Leiter der spanischen Gesellschaft stehen.

Das ist ein Hintergrund der rassistischen Übergriffe – und weniger der Kampf um die Arbeitsplätze in der Gemüseproduktion. Denn die meisten SpanierInnen haben seit Jahren kein Interesse mehr an der schlecht bezahlten Arbeit in heißen, stickigen und gesundheitsschädigenden Plastiktunnels. Ihre Zeiten als „Gastarbeiter" in den Fabriken des Ruhrgebietes oder der Schweiz haben sie „autonom" werden lassen, meint Bio-Produzent Juan Minares, sie können „es sich jetzt leisten, im Büro zu arbeiten und nicht auf Andalusiens Feldern in Kälte, feuchter Hitze und Regen".

Noch vor zehn Jahren waren die marokkanischen Billigarbeitskräfte als Illegale entrechtet, ohne Sozialschutz und jederzeit von Kündigung bedroht. „Das ist alles vorbei", erklären die Patrons. „Keineswegs", widerspricht man bei der ATIME, der großen marokkanischen Selbsthilfeorganisation in Spanien. Bloß dass der Druck der Europäischen Union (EU) auf Spanien die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse zunehmend verschleiert, ohne sie im Entferntesten zu beseitigen.

Zwar haben sich dank des Einflusses der EU die Rechte der ArbeitnehmerInnen auf dem Papier verbessert. „Doch", so erklärt uns Plantagenarbeiter Rachid, „wenn du bei einer Krankheit oder nach einem Arbeitsunfall auf den 46 Lohnprozenten beharren würdest, die dir zustehen, sagt der Patron zu dir: ‚Wenn du nicht gut arbeitest, kannst du nicht bleiben.'" Rachid ist einer der vielen andalusischen Plantagenarbeiter mit marokkanischem Universitäts-Abschluss. Wohl gibt es heute eine Minimallohngarantie und eine Pflicht, Sozialleistungen auszuschütten. Doch werden gesetzlich vorgesehene Kontrollen unter anderem mit Blankoformularen umgangen und die frühere Illegalität durch eine „Scheinlegalität" ersetzt.

Seit langem war vorhersehbar, dass es in dieser Gegend zu fremdenfeindlichen Übergriffen und rassistischen Ausschreitungen kommen könnte.

Das Doppelspiel der EU

In Brüssel könnte man davon wissen. Doch das Doppelspiel der EU-Verantwortlichen verläuft anders. Im Zentrum der EU-Politik steht die Aufrüstung der andalusischen Küsten gegenüber „Drittausländern", vor allem gegenüber den Arbeitssuchenden aus Marokko. Mit der Unterstützung der Hightech-Abwehr am, auf und über dem Mittelmeer wird dem Musterschüler Spanien signalisiert, dass Marokkos Arbeitskräfte in Europa unerwünscht sind.

Der Musterschüler selber hat die Zeichen schon Anfang der 90er Jahre erkannt: Mit Visumszwang, Studienverboten und Verelendungstaktiken hält Madrid die Menschen aus Marokko und den Gegenden südlich der Sahara systematisch von der Iberischen Halbinsel fern. Dieselben Menschen sieht man in Andalusien aber gerne, soweit sie „illegal" ankommen und sich in die langen Wartekolonnen Arbeitswilliger einreihen. Denn es sind letztlich die Warteschlangen, die soviel Druck erzeugen, dass sich keiner der Saisonniers krank schreiben lässt.

Die von der EU offiziell verunmöglichte „illegale" Einreise findet jedoch täglich statt. Unter Lebensgefahr überqueren MarokkanerInnen in brüchigen Fischerbooten das Mittelmeer. Dass viele dieser Boote samt Passagieren dabei untergehen – mehr als Tausend sind es laut Angaben der ATIME jedes Jahr – gilt in diesem zynischen Spiel nichts. Übrigens hat König Hassan II. von Marokko, der von Frankreich und Spanien bis zu seinem Tod im Sommer 1999 gestützt wurde, auf seine Weise zum Doppelspiel der EU beigetragen. Sein diktatorisches Regime hat stets zur Perspektivlosigkeit und zur Unterdrückung der Bevölkerung im eigenen Land beigetragen – und somit auch zu den täglichen Massenfluchten, dank denen Andalusien stets über genügend Arbeitswillige verfügen konnte.

Neue Probleme für EU-Musterschüler Spanien

Vielleicht liegt in Hassans Tod das Positive. Sollte sich sein Sohn Mohammed VI. als neuer Regent wirklich zu einem menschlicheren Umgang mit seinem Volk entschlossen haben, so hätte der Musterschüler Spanien möglicherweise bald ein neues Problem: Weniger „Illegale", weniger Arbeitskräfte im Exportbereich Landwirtschaft, weniger Wachstum und Gewinn. Und dazu kommt: Bereits seit drei Jahren wächst der Anteil der Importe von Landwirtschaftsprodukten aus Marokko auf Kosten jener aus Spanien. „Der Gemüsemarkt des heute dominanten Südspaniens kann problemlos durch die südlichen Mittelmeerländer wie Tunesien, Ägypten und die Türkei ersetzt werden", sagt der ehemalige Chefeinkäufer der überproportional marktmächtigen „Coop Schweiz".

Vielleicht werden dann wenigstens die Hetzjagden auf Marokkaner, die Pogrome von El Ejído endgültig Vergangenheit sein.

Beat Leuthardt

„An den Rändern Europas. Berichte von den Grenzen"
Von Beat Leuthardt ist unter diesem Titel kürzlich ein politisches Lese-, Erzähl- und Sachbuch erschienen. 300 S. plus 40 S. Infoteil, Rotpunktverlag Zürich, Oktober 1999, 38 DEM, Bezug: Buchhandel, Verlag oder beim Autor: Büro EuroGrenzen, Pf 2260/CH-79557 Weil am Rhein, Fax: 0041 61 263 000 6, e-mail: leu@euro-grenzen.de.

ISLAM

BILDER

Ein Schwerpunkt über eine Religion? Die ZAG im religiösen Diskurs? Nein, wir sind nicht geläutert, bekehrt und gläubig geworden. Wir wollen auch keine inhaltliche Analyse einer Religion liefern. Keine religionswissenschaftlichen Gegenüberstellungen oder Bewertungen religiöser Inhalte. Auch die Frage, welches oppositionelle Potential, welche progressiven Aspekte in der islamischen Religion enthalten sind, ist für uns nebensächlich. Wer sich in dieser Hinsicht qualifiziert weiterbilden möchte, sollte sich die Rezension auf Seite 29 ansehen. Das **Feindbild Islam**, das nach dem „Ende des Kommunismus" wiederbelebt wurde, war für uns von Interesse. Wiederbelebt deshalb, da dieses Feindbild eine Jahrhunderte alte Tradition im „christlichen Abendland" hat. So interessierten uns die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche, in denen an dieser Tradition weitergestrickt wird. Von der **Medienanalyse** ab Seite 14 über die aktuellen Diskussionen zum **Religionsunterricht** ab der Seite 18, bis zum derzeitigen Medienrenner, den sich **„religiös radikalisierenden Jugendlichen"** ab Seite 20. Ein Beispiel für den stark **getrübten Blick**, die verengte Sichtweise bezüglich Staaten mit vorwiegend muslimischer Bevölkerung, ist die Verkürzung der **Frauenthematik**. Eigentlich existieren Frauen lediglich als kopftuchtragende Randerscheinungen in **Opferrolle**. Sie tauchen als Leidtragende einer – natürlich ganz im Gegensatz zu unserer eigenen – frauenfeindlichen Gesellschaft auf. Daß es eine durchaus existente Frauenbewegung gibt, ist den wenigsten bekannt, ab Seite 26 wird die **Frauenbewegung im Maghreb** vorgestellt. Eine wichtige Rolle in der Propaganda, eigentlich die wichtigste, spielt dabei **„die Kultur"**. Wie problematisch diese Rolle ist und wie leicht dieser Begriff für rassistische Diskurse mißbraucht wird, ist im Zuge der Multi-Kulti-Debatten der 80er und 90er Jahre langsam ins Bewußtsein gerückt. Mit der langen Tradition der **Wahrnehmung islamischer Kultur aus westlicher Sichtweise** beschäftigt sich der Artikel ab Seite 23 Der Schwerpunkt beginnt auf Seite 12 mit einigen Ausflügen zur Bedeutung des **Kulturbegriffs** als moderner Ersatz für die diskreditierten Rassetheorien.

es ist eine andere kultur

DER BLICK AUF „DEN" ISLAM

Er ist wieder ins politische Blickfeld gerückt: „Der" Islam. In Staaten mit einer muslimischen Mehrheit als integrierendes Element – in der „westlichen" Welt als beliebiges Bedrohungsszenario. Erfahrungen mit diesem Feindbild gibt es in Europa reichlich. Die Geschichte reicht von der Reconquista, die immerhin vom 8. bis zum Ende des 15. Jahrhunderts dauerte (also ca. 800 Jahre), über die „bewaffneten Wallfahrten nach Jerusalem" vom 11. bis ins 13. Jahrhundert oder die „Türkenkriege" ab dem 16. Jahrhundert. Die Begeisterung der Romantiker des 19. Jahrhunderts scheint dem militärischen Weltbild entgegenzustehen. Das Bild des Orients ist jedoch ein reines Konstukt und entsprang der militärischen und ökonomischen Überlegenheit des Westens. So fiel es so windigen Figuren wie Samuel P. Huntington oder Bassam Tibi nicht schwer, die Feindbildlücke nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, mit der nicht ganz taufrischen These des „Kampf der Kulturen" zu füllen. Die sehr zweckdienliche, tiefverankerte Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft mußte nicht erst wachgerüttelt werden. Dieses Feindbild ist ja auch – und hier unterscheiden sich gutfunktionierende von eher ungeeigneten – für fast jedes gesellschaftliche Problem benutzbar. Einige Beispiele sind Arbeit, Rüstung, gesellschaftliche Konflikte. So nehmen „Türken" Arbeitsplätze weg, versuchen Saddams oder Gaddafis die Weltherrschaft zu erobern und bedroht die „Asylantenschwemme" die deutsche Kultur. Und dies ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der Liste der Bedrohungsszenarien.

Das Bildungsdefizit

Viele, die sich dem kritischen Teil der Gesellschaft zurechnen, sehen das Problem in der Ahnungslosigkeit der Bevölkerung. Keiner wisse, was Islam eigentlich sei und bedeute. Es scheint also ein pädagogisches Problem zu sein. Die Konsequenz daraus: Aufklärung tut Not.
Als Aufklärer verstehen sich zwar auch die Feindbildapologeten – sie sind hier aber eher nebensächlich, zu offensichtlich ist ihre militärhaushaltsdienende Rhetorik. Ihre Parallelen zu vielen wohlmeinenden Aufklärern sind dennoch groß. Gehen sie doch ebenfalls davon aus, der Aufklärungsbedarf läge in einer falschen Wahrnehmung des Islam.
Eines stimmt: Mit Wahrnehmung hat es sicherlich zu tun. Doch dann ist schon der Scheidepunkt erreicht. Es ist die Sichtweise „des Islam" als monolithische Angelegenheit. Diese Pauschalisierung entspringt dem gleichen Antrieb, der auch das Feindbild „Islam" produziert. Es hilft wenig zu versuchen, dieses Bild mit Positiverem zu füllen, als dem fundamentalistischen, fanatischen, frauenfeindlichen „Muselmanen". An seine Stelle tritt dann das nicht minder rassistische Bild des lyrischen, poetischen, exotischen, Orientalen. Gemeinsam ist beiden Bildern die selektive, vorurteilsbeladene Wahrnehmung, ob nun bedrohlich oder als Projektion emotionaler Wünsche.
Eine so betrachtete „islamische Welt" ist zwar keine zufällige, aber eine in ihrer Realität völlig gleichgültige Projektionsfläche. Eine Erörterung gesellschaftlicher Strömungen, religiöser Inhalte oder kontroverser Diskurse geht in diesem Zusammenhang aber genauso am Kern vorbei, da sie die Urmotivation für dieses Konstrukt ignoriert: – Es sollen Wesensunterschiede festgehalten und verankert werden, der Muslim als der grundsätzlich Andere.

Die andere Kultur

Zur Zeit wird dies nicht mit dem Terminus Rasse belegt. Die neue Sprachregelung nutzt „Kultur" – das macht sich besser, leistet aber Ähnliches. „Andere Kultur" fungiert inzwischen als Flaggschiff des rassistischen Diskurses. Der Ausdruck ist eingängig, da er vordergründig nicht abwertend, hierarchisierend erscheint. Er nutzt eine tief positiv etablierte Ausdrucksweise – wer kann schon etwas gegen Kultur einwenden. Die Feststellung von Rassen ist per se allerdings auch nicht wertend, bei Hunden genießt sie nach wie vor eine große, akzeptierte Beliebtheit. Die entsprechenden Rassentheorien füllen diesen Begriff und verhelfen ihm zu seiner mordenden Konsequenz. Die Gefahr, die der Kulturbegriff enthält, ist ähnlich und bei der Abgrenzung zur „islamischen" Kultur erkennbar. Er dient – wie der Rassebegriff – zur Konstruktion einer real nicht vorhandenen Gemeinsamkeit und Abgrenzung. Aufgrund ihrer Kultur sind entsprechende Regionen arm, wirtschaftlich schwach usw. Aufgrund ihrer überlegenen Kultur andere erfolgreich. Ganz nach dem Hegelschen Idealismus, bei dem das Bewußtsein das Sein bestimmt. Dies ist eine Grundlage des kapitalistischen Mythos. Die Karriere vom Schuhputzer zum Millionär macht derjenige, der willens und fähig ist. Der Kanzler Kohl betete es regelmäßig wörtlich vor, bei Schröder wird's ein wenig sozialdemokratisch gefiltert. Diese Sichtweise müßte eigentlich atemlos machen, bedeutet sie z.B. auch: Wegen mangelndem Bewußtsein ist ein Großteil der Menschheit total verarmt. Wegen hervorragenden Bewußtseins ist ein kleiner Teil reich. Wegen mangelnden Bewußtseins sind die einen arbeitslos. Wegen hervorragenden Bewußtseins erben andere Millionen. Das Gegenteil macht Sinn: Die gesellschaftliche Grundlage, die ökonomischen Verhältnisse bestimmen den Überbau. Die europäische Kultur sah vor dem Aufstieg des Bürgertums komplett anders aus. Die industrielle Revolution veränderte die gesellschaftlichen

Verhältnisse grundlegend und mit ihr änderte sich die Kultur in allen Bereichen, ob nun Religion oder Kunst um nur zwei Beispiele zu nennen.
Die Sichtweise von Kultur als etwas Gegebenes, Statisches, Zwingendes und nicht als ein Ergebnis politischer, ökonomischer Bedingungen ist gefährlich. Wie der Rassebegriff ist dieser Kulturbegriff jederzeit aggressiv nutzbar. Er liefert eine grundsätzliche Festlegung und Abgrenzung. Das Identitätsstiftende, Grenzziehende ist der Sinn von Kultur. Die Konstruktion einer Gemeinschaft enthält jedoch immer auch die Gefahr der Ausgrenzung. Die Illusion, Kultur wäre eine harmlose unproblematische Angelegenheit, ist weit verbreitet. Jeder kulturelle Bereich ist gesellschaftlich, hierarchisch durchdrungen, die jeweilige Elite definiert die Kultur. Leicht zu erkennen ist dies beispielsweise in der Kunst, der Definition von Ästhetik. Dieser Bereich ist ein innergesellschaftlich wichtiges Instrument zur Markierung des Unterschieds, der Grenzziehung zwischen den Zugehörigen der Elite und der barbarischen Masse. Kunst, Religion, etc. bilden als kulturelle Bestandteile von Gesellschaften die Identifizierungsvorlagen zur Strukturierung der Differenz. Da sie leicht mit aggressiven Inhalten gefüllt werden können, werden sie auch aggressiv genutzt. „Der Islam" ist ein Beispiel.

Islam = Fundamentalismus

Die Ursache für Gegenüberstellungen der Kategorie Islam –Westen oder für Gleichungen wie Islam = Fundamentalismus liegt weniger im mangelnden Kenntnisstand. Selbstverständlich schadet es nie detailliertes Wissen zu erwerben. Doch das tatsächliche Problem löst ein detailliertes Wissen genausowenig, wie Urlaub an fernen Stränden antirassitische Haltungen hervorruft. Hier bedingt das eine gar nicht das andere. Detaillierte Kenntnisse führen lediglich zu anderen Argumentationssträngen, wenn die gleiche Grundhaltung dahintersteht. Z.B. sind in den Islamwissenschaften zahlreiche Vertreter einer Entwicklungstheorie zu finden, die islamische Gesellschaften dem Mittelalter zuordnen – mit umfangreicher detaillierter Argumentation. Grundlage: Die islamische Zeitrechnung befindet sich im 14. Jahrhundert. Sie befinden sich damit in der Gesellschaft eines breiten Feldes von Entwicklungstheorien, die Verarmung als Problem einer „Unter"entwicklung analysieren. Allen derartigen Theorien ist gemeinsam, daß sie den Mythos des guten Kapitalismus feiern. Sie sind Teil einer Herrschaftsideologie mit arrogantem Zivilisationsbegriff. Solche Theorien enthalten einen Fortschrittsbegriff, der früher der Rechtfertigung der Kolonisation diente und heute globalen Herrschaftsansprüchen dient. *Tobias Faßmeyer (ZAG)*

IsLam

Mohammed Ben Abdallah wurde etwa 570 n. Chr. in Mekka (Arabische Halbinsel) geboren. Er war sehr religiös und verehrte den bei einigen arabischen Stämmen bekannten höchsten Gott „al-lah". Den Glauben an andere Götter, Geister und Dämonen lehnte er ab. Mit 25 Jahren heiratete Mohammed die Kaufmannswitwe Hadija bint Huwaylid. Mohammed hatte die starken Empfindungen und Eindrücke als er etwa 40 (610 n. Chr.) war. Er glaubte als Warner und Prophet Gottes die Veranwortung dafür zu tragen, dem Volk die Offenbarung Gottes vorzutragen (arabisch qara'a, darum Qur'an, also Koran). Der Koran ist die heilige Schrift des Islams (aufgeteilt in 114 Suren) und enthält die Predigten Mohammeds. Der Islam ist eine monotheistische Religion.
Unter dem Druck der mekkanischen Kaufleute, die einem vielgestaltigen Polytheismus anhingen, mußten Mohammed und seine kleine Gemeinde im Dezember 622 nach Medina auswandern (Hidschra).
Das Jahr der Hidschra wurde das Jahr 1 der islamischen Zeitrechnung. Im Jahr 632 starb Mohammed in Medina ohne seine Nachfolge ausdrücklich geregelt zu haben. Inzwischen hatte sich der Islam über weite Teile der arabischen Halbinsel ausgedehnt und die Frage der Nachfolge führte zur Spaltung der Gemeinde (umma). Die Mehrheit (Sunniten) trat für eine Wahl ein. Eine starke Minderheit argumentierte, daß der Nachfolger aus dem Blut des Propheten sein müsse. Für sie kamen nur Mohammeds Schwiegersohn Ali

(Fortsetzung Seite 14)

Islam

(Fortsetzung von Seite 13)

und dessen Söhne in Frage („Partei Alis", arabisch „shi'at Ali, deshalb Schiiten). Innerhalb der Schia trennten sich 657 die Charidschiten ab, diese Gruppierung hält sich eng an den Koran und betrachtet andere Muslime als Ketzer.

Die sunnitische Gruppierung ist die orthodoxe Hauptrichtung des Islam. Richtschnur sind Koran, Sunna (das Verhalten des Propheten) und die Hadithe (Aussprüche des Propheten die er kundgab, wenn er nicht den Koran verkündete). Im Laufe der Geschichte haben sich vier Rechtsschulen herausgebildet, diese sind die Hanbaliten, Hanifaliten, Malikiten und Schafiiten. Es kann durchaus mehr als eine Schule in einem Land vertreten sein. Die Zugehörigkeit zu der einen oder anderen ist für jeden Muslim nicht zufällig, er wird in sie hineingeboren.

Schiiten erkennen nur die Nachkommen Mohammeds und Alis (4. Kalif) als Oberhaupt (Imam) an, ideale Vorsteher der islamischen Gemeinde. Auch in dieser Gruppierung bildeten sich verschiedene Richtungen, die sich insbesondere durch die Zahl der anerkannten Imame unterscheiden.

Trotz dieser unterschiedlichen Strömungen gibt es die „fünf Säulen des Islams" die von allen Muslimen anerkannt werden. Diese sind die Bekenntnisformel (Shahada), das Gebet (Ssalat), die Almosensteuer (Zakát), der Fastenmonat (Ramadan) und die Wallfahrt nach Mekka (jeder Moslem soll, soweit es ihm materiell möglich ist, eine Pilgerfahrt nach Mekka unternehmen).

muslimische und in deutschen

„Gastarbeiter" kamen –

Gegenwärtig leben in der BRD ca. sieben Millionen Migranten und Migrantinnen. Von ihnen sind fast ein Drittel Musliminnen und Muslime. Die meisten kamen seit den sechziger Jahren als „Gastarbeiter" nach Deutschland. Doch obwohl sie längst ihren Lebensmittelpunkt in Duisburg, Köln oder Berlin haben, ihre Kinder und Enkel sogar hier geboren und aufgewachsen sind, gelten sie weiterhin als „Ausländer". Heute werden die sechziger und siebziger Jahre sowohl von Deutschen wie von Türken manchmal zu einer Zeit der Harmonie und Toleranz verklärt. Ein Blick in alte Tageszeitungen und Zeitschriften sollte jedoch genügen, um dieses Erinnerungsbild zu korrigieren: Die Integrationsfähigkeit von MigrantInnen aus dem Mittelmeerraum wurde bereits mit Beginn der Anwerbepolitik bezweifelt. Eine regelrechte Kampagne gegen die Arbeitsmigration formierte sich während der Rezession im Jahre 1973. Sie richtete sich vor allem gegen Türken, die mit eigenmächtigen Streiks das deutsche Ordnungsgefüge durchbrachen. Unter dem Titel „Die Türken kommen – rette sich, wer kann" warnte Der Spiegel 1973 vor einer Verslummung der „Gastarbeiter"-Wohnviertel: „In immer größeren Schüben schwärmen sie von den Gestaden des Bosporus und aus dem Hochland von Anatolien" in die Bundesrepublik. Städte wie Berlin, München oder Frankfurt seien kaum noch in der Lage, diese „Invasion" zu bewältigen. Durch fremdartige Küchengerüche werde die deutsche Wohnbevölkerung aus „Gastarbeiter"-Vierteln vertrieben, und auch die „Ausländerkriminalität" mußte schon damals herhalten, um Stimmung zu machen: „Wenn gestochen wird, ist häufig ein Türke dabei".

Zwar wurden die Einwanderer aus der Türkei von Anfang an als besonders fremd und schwer integrierbar wahrgenommen, dennoch widmete die ältere Medienberichterstattung ebenso wie die sozialwissenschaftliche Literatur der sechziger und siebziger Jahre ihrer Religion und Kultur bemerkenswert wenig Aufmerksamkeit. Der Islam bzw. eine islamisch orientierte Lebensweise wurde als Bestandteil einer rückständigen, patriarchalischen Kultur betrachtet, welche die muslimischen MigrantInnen nach einigen Lehrjahren in einer modernen Industriegesellschaft schon von selbst hinter sich lassen würden. Als sich der Islam mit den Aufständen gegen das Schahregime im Iran auf die politische Bühne des Weltgeschehens zurückmeldete, veränderte sich auch der Blick auf die in Westeuropa lebenden muslimischen Migrantinnen. Plötzlich sprach alle Welt von Mullahs und Ayatollahs, von Koran und Heiligem

migranten migrantinnen medien

MUSLIME UND MUSLIMINNEN BLIEBEN



Krieg. Bilder von demonstrierenden Menschenmassen, darunter immer wieder schwarz verschleierte Frauen, erschreckten die Fernsehzuschauer. Irritiert stellte man fest, daß sich allein in der BRD hunderttausende MuslimInnen niedergelassen hatten. Für diese selbst waren die Ereignisse im Iran Anlaß, sich mit dem Islam auseinanderzusetzen und sich auf eigene Werte und Lebensformen zu besinnen, was z.B. dazu führte, daß wieder mehr Frauen Kopftücher trugen. Von der deutschen Öffentlichkeit wurde diese Entwicklung mit Skepsis und Ablehnung registriert. Hätten sich die ersten MigrantInnen noch um Integration bemüht, sich westlich gekleidet und schüchterne Emanzipationsversuche gemacht, schreibt Nina Grunenberg Anfang 1982 in Die Zeit, so seien mittlerweile alarmierend viele unter dem Diktat türkischer Paschas zum Kopftuch zurückgekehrt. Vorangetrieben durch „islamische Aktivisten", gebe es einen verhängnisvollen Trend zur Absonderung. Die Deutschen wiederum hätten sich über die fremde Kultur der türkischen „Gastarbeiter" kaum Gedanken gemacht. „Da prallen Welten aufeinander, von deren Versöhnung oder gegenseitiger Integration zu reden, noch lange ein frommer Wunsch bleiben wird."

Anfang 1983 warnte Der Spiegel vor einer „galoppierenden Islamisierung im Pütt". Der zitierte Unmut deutscher Bergleute entzündete sich keineswegs an (tatsächlich oder vermeintlich) nicht miteinander vereinbarenden Ansichten in Glaubensfragen oder weltanschaulichen Grundsätzen, sondern an banalen Alltäglichkeiten: „Wer keine Brieftauben züchtet und keinen Doppelwacholder trinkt", stellte Der Spiegel fest, „bleibt in Wanne-Eickel immer Außenseiter. Samstagnachmittag auf Schalke sieht man sie natürlich auch nicht. Und nun lassen sie zum Gebet auch noch fünfmal am Tag den Bohrhammer fallen und weigern sich, mit den deutschen Kollegen nackt in die Waschkaue zu steigen." Essensgewohnheiten, Vereinszugehörigkeiten, Hobbies etc. werden hierzulande offenbar kaum weniger streng normiert und kontrolliert als in der anatolischen Provinz. In anderen Milieus sind es statt Brieftauben, Fußball und Stammtisch dann eben Tennisclub und Vernissage, Surfen im Internet und Weinprobe beim Italiener.
Hinter den Versuchen, soziale Konflikte und rassistische Diskriminierungen mit der Zahl, dem Aussehen und mit dem Verhalten der Zuwanderer zu erklären, steht eine ebenso haltlose wie populäre Theorie, nämlich die Annahme, daß Menschen nur ein gewisses Quantum von

wer keine brieftauben züchtet und keinen doppel-wacholder trinkt, bleibt in wanne-eickel immer aussenseiter ...

Fremdheit verarbeiten können. Bei Überforderung würden sie unweigerlich mit Ängsten und „Nazi-Reflexen" reagieren. Heinz Kühn, erster Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, verstieg sich aus dieser Überzeugung dazu, zehn Prozent Ausländeranteil als Belastungsgrenze festzulegen, jenseits derer jedes Volk rebellisch werde. Entsprechend weit gingen und gehen die Anpassungserwartungen an muslimische Zuwanderer.

Der Fundamentalismus auf dem Marsch nach Europa?

Mißtrauen, Fremdheit und Ablehnung bestimmen bis heute das Verhältnis zu den eingewanderten MuslimInnen. So ist es denn auch kein Wunder, daß der Islam nach wie vor als nichtdeutsche Religion gilt und eine entsprechend geringe Wertschätzung erfährt. Selbst zum Islam konvertierte Deutsche erleben es immer wieder, automatisch als „Ausländer" angesehen und z.B. für Terroranschläge oder die Rechtsprechung in Saudi-Arabien verantwortlich gemacht zu werden. Die Medien haben am Entstehen des gängigen Bildes vom Islam und den MuslimInnen maßgeblich mitgewirkt. In Berichten über islamische Länder dominieren Krieg und Gewalt, Demonstrationen und Terror, Mißachtung von Demokratie und Menschenrechten sowie Frauenunterdrückung. Seit dem Sturz des Schahregimes fürchtet der Westen den Vormarsch der „Fundamentalisten". So heißt es einleitend in einer Spiegel-Reportage über globale Trends ins nächste Jahrtausend zum „islamischen Fundamentalismus": „Mit revolutionärer Energie mobilisiert der Islam, kämpferischste aller Weltreligionen, seine 1,2 Millionen Gläubigen. Unter dem Banner des Propheten bedrängen nahöstliche Fundamentalisten nahöstliche Präsidenten und Monarchen. Sie



... samstag-
nachmittag
auf Schalke
sieht man
sie natürlich
auch nicht.

schüren Haß auf westliche Werte und sehen sich als Vorkämpfer einer religiös begründeten Weltordnung."
Dazu paßt, daß die Beschäftigung mit Programmen und Zielen islamistischer Bewegungen in der Regel oberflächlich bleibt und sich weitgehend in einer für deutsche LeserInnen kaum nachvollziehbaren Wiedergabe bedrohlich und/oder bizarr anmutender Äußerungen islamischer Geistlicher und Poitiker erschöpft. Aus dem Kontext gerissen und nicht selten tendenziös übersetzt, mutet deren Abwendung von westlichen Modellvorgaben in Gesellschaft, Politik und Kultur irrational, ja absurd an.
Hinsichtlich der Bedrohung Europas durch den „islamischen Fundamentalismus" stimmen Sensationspresse und seriöse Medien frappierent überein. Lautet beispielsweise der Bild-Aufmacher am 9.1.1995 „Terror – Angst. Islam-Fanatiker planen blutige Attentate in Deutschland", versucht sich die Illustrierte Tango 1995 mit einer Collage aus Bildern von Terror und Gewalt in der „islamischen Welt" auf dem Titelblatt und der Schlagzeile „ISLAM – Fundamentalisten – GEFAHR für uns alle?" Aufmerksamkeit zu erregen. Und Der Spiegel beschwört unter dem Titel „Europa im Fadenkreuz" eine anwachsende „grüne Gefahr" herauf (Nr. 1/1995). Inspiriert von Samuel Huntingtons These vom Zusammenprall der Kulturen und Bassam Tibis ebenso populäre wie fragwürdige These, wonach der Islam essentiell von einem Weltherrschaftsanspruch durchdrungen ist, was ein friedliches, gleichberechtigtes Zusammenleben mit anderen Religionen und Kulturen unmöglich macht, malt Der Spiegel hier ein Schreckensgemälde des militanten Islam aus, angesichts dessen man sich die Zeiten des kalten Krieges zurückzuwünschen geneigt ist.
Die TV-Sendung „Allahs Agenten am Rhein", ausgestrahlt vom ZDF in der Reihe „Zündstoff" am 27.10.1994, führte ahnungslosen deutschen Zuschauern ein Schreckensszenario vor, wonach „islamisch-fundamentalistische" und terroristische Organisationen längst in der BRD ihr Unwesen treiben, teils sogar mit Billigung von Bundesregierung und BND. Zwar erweisen sich die präsentierten Fakten bei genauerer Analyse des Beitrages als dürftig und teilweise eher kurios, so wenn Heimtücke und Gefährlichkeit einer dieser Organisationen damit „bewiesen" werden soll, daß sie in großem Stil nach islamischen Ritus geschlachtete Fleisch-. und Wurstwaren vertreibt. Doch was die Recherche nicht hergibt, wird durch suggestive Andeutungen und nachgestellte Szenen aufgefüllt.

Über Jahre und Jahrzehnte mit denselben Verdächtigungen ins Gerede gebracht zu werden, ohne die Möglichkeit einer effektiven Gegenwehr zu haben und auch bei JournalistInnen, die ansonsten eine kritisch-distanzierte Haltung gegenüber Verfassungsschutzorganen wahren, kaum Unterstützung zu finden, bleibt für das Zugehörigkeitsgefühl der MuslimInnen und damit für das Klima multikulturellen Zusammenlebens mit Sicherheit nicht folgenlos.
Während christliche Parteien und Verbände, christliche Schulen und Sozialeinrichtungen in Westeuropa eine lange Tradition haben, trifft muslimische MigrantInnen, die hierzulande politische Partizipation oder Mitsprache in sozialen und kulturellen Angelegenheiten nicht als TürkInnen oder MigrantInnen fordern, sondern als MuslimInnen, rasch das Verdikt, von ausländischen „Fundamentalisten" verführt und ferngesteuert zu sein. Bedingt durch die immer noch starke Heimatorientierung vieler „Gastarbeiter" und die zentrale geistliche wie geistige Bedeutung der islamischen Ursprungsregion für alle MuslimInnen, gibt es natürlich starke Bindungen an die Türkei oder an arabische Länder und ihre Institutionen. Sofern auf diese Weise versucht wird, politische Ziele oder sonstige Ideen zu importieren, die gegen das Grundgesetz verstößen, sollte darauf m.E. nicht anders reagiert werden als auf entsprechende einheimische Bestrebungen und Denkmuster. Doch wie die vielen heftigen Auseinandersetzungen um den Neubau von Moscheen zeigen, geht es keineswegs um konkrete Vorwürfe dieser Art, wenn der Islam aus dem öffentlichen Raum fernzuhalten versucht wird. Große öffentliche Aufmerksamkeit fand beispielsweise der Neubau einer großen Moschee in Mannheim, gegen die sich zunächst vor allem die Bürger vehement zur Wehr setzten. Inzwischen ist sie fertiggestellt und entwickelt sich allmählich zu einem Renomierobjekt. In Aachen und andernorts wurden MuslimInnen jedoch gezwungen, ihre Baupläne aufzugeben.

Der „Euro-Islam" als Alternative?

Dominiert einerseits die Überzeugung, der von den MigrantInnen mitgebrachte Islam bzw. der Islam, wie er in den islamischen Ländern praktiziert wird, sei mit den westlichen Wertvorstellungen und der europäischen Lebensweise kaum vereinbar, widerspricht es andererseits dem westlichen Selbstverständnis als tolerant, frei und das Recht auf Religionsfreiheit achtend, musimischen MigrantInnen die Ausübung ihrer Religion zu untersagen. Der Ausweg aus diesem Dilemma wird in der Abgrenzung eines „guten Islam" (säkular, prowestlich, mit unserer Lebensweise vereinbar) vom bösen, d.h. militanten und antiwestlichen „Fundamentalismus" gesucht. In diesem

Sinne warnt die Turkologin Irina Wießner in der Tageszeitung vor der doppelten Staatsbürgerschaft, denn die meisten in Deutschland lebenden Türken seien „aufgrund islamischer Wertvorstellungen und Erziehung" weder bereit noch fähig, die deutsche Lebensart zu akzeptieren. Von ihrem Kollegen Franco Foraci wird Wießner eine rassistische Haltung vorgeworfen. Zumindest die „den Prinzipien eines aufgeklärten, humanistisch orientierten ‚Euro-Islam'" zugeneigten Türken sollten nach seiner Auffassung als integrierbar akzeptiert werden. Tatsächlich will Foraci die Grenzmarkierungen jedoch nur etwas versetzen, wenn er dafür plädiert, die guten, anpassungswilligen TürkInnen in unsere Gemeinschaft der aufgeklärten Demokraten aufzunehmen.

Information und Meinungsbildung durch die Medien

Während in den letzten Jahren einige bemerkenswerte Publikationen zum Thema „Islam in den Medien" erschienen sind, gibt es kaum Forschungserkenntnisse über das Bild muslimischer MigrantInnen in Zeitungen, Zeitschriften, Radio und Fernsehen. Meine Materialien zum Themenfeld Islam und Migration aus islamischen Ländern zeigen, daß die Berichterstattung überwiegend bei Problemen und Konflikten ansetzt. Stark verschoben hat sich im Laufe der Zeit die Beschäftigung mit „handfesten" Themen wie Ausländer- und Arbeitsrecht, Situation von „Gastarbeitern" in den Betrieben und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung, Wohnungsmisere und Sprachprobleme hin zur Auseinandersetzung mit Fragen der Identität und Integration, der kulturellen Differenzen und des weltweit erstarkenden „Fundamentalismus". Ob diese sachlich und fair ausgetragen wird, hängt unter anderem vom Informationsniveau der Beteiligten ab. Die Medien könnten (und sollten nach meiner Ansicht) dazu einen entscheidenden Beitrag leisten. Tatsächlich ist jedoch der durchschnittliche Kenntnisstand, sowohl was den Islam als Religion betrifft, wie auch hinsichtlich der Lebensrealität von MuslimInnen in der BRD, in der regel dürftig. Selbst Personen, die als LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, Vorgesetzte und KollegInnen usw. ständig von Berufs wegen mit MuslimInnen zu tun haben, äußern sich oft in einer Weise, als hätten sie ihr ganzes Wissen aus der Bild-Zeitung. Es erstaunt immer wieder, wie geringe Kenntnisse ausreichen, um in Zeitschriften oder im Fernsehen als Islam-Experte/Expertin Anerkennung zu finden.

Interessengeleitete Berichterstattung

Von Vorurteilen und Inkompetenz einzelner JournalistInnen abgesehen, liegen den Defiziten in der Medienberichterstattung jedoch bereits bestimmte strukturelle Vorgaben zugrunde.
Komplexe Sachverhalte lassen sich nun einmal nicht in 2:35 Minuten oder auf einer Illustriertenseite darstellen. Anspruchsvolle, gut recherchierte und nicht auf Sensationen schielende Beiträge haben allenfalls in Printmedien mit niedriger Auflage und im Fernsehen zu nachtschlafender Zeit eine Chance.
Die Fixierung auf Interessen und Gewohnheiten deutscher KäuferInnen und KonsumentInnen blockiert weitgehend eine kritische Reflexion der hiesigen Integrationsnormen. Vor allem fehlt es aber auch an Berichten über das Alltagsleben von MuslimInnen, ihre Vereine, Feste, ihre sozialen Aktivitäten, usw., und zwar aus ihrer eigenen Perspektive. Während z.B. die Lokalpresse über das Jubiläum des Kleingartenvereins, die Wahl des neuen Vostands einer Partei oder Bürgerinitiative, den Ausflug des Altenclubs etc. ausführlich berichtet, werden entsprechende Ereignisse im muslimischen Milieu selten zur Kenntnis genommen.

Nach dem Motto „only bad news are good news" richtet sich die Aufmerksamkeit der Medien primär auf Kriege, Katatrophen, Unfälle usw. So findet denn auch die islamische Welt vorwiegend über militärische Gewalt, soziale Unruhen, Terroranschläge usw. Beachtung. Kommentiert werden die Meldungen in der Regel aus der Perspektive westlicher Interessen: Ist unsere Versorgung mit billigem Erdöl gefährdet? Richten sich Proteste und Aufstände gegen verbündete Herrscher? Sind Flüchtlingsbewegungen nach Europa zu befürchten? Sobald die weitere Verfügungsmacht über das Öl garantiert ist, sobald die Demonstrationen niedergeschlagen sind und der „Fundamentalismus" wieder einmal unter Kontrolle gebracht gebracht zu sein scheint, erlischt das Interesse schlagartig. Bis in die siebziger Jahre läßt sich zurückverfolgen, wie „der Islam" in der öffentlichen Aufmerksamkeit in einer Art Wellenbewegung hochkommt und wieder verschwindet, und zwar ohne daß die zahllosen Zeitungsartikel, Illustrierten- und Radioreportagen, TV-Dokumentationen und Talkshows nachhaltige Effekte auf das Informations- und Reflexionsniveau der JournalistInnen und MedienkonsumentInnen hinterlassen hätten.
Vom Iran 1978/79 über den zweiten Golfkrieg 1991 und die Verleihung des Friedenspreises an Annemarie Schimmel 1995 werden „der Islam" und „die Muslime" jeweils ganz neu entdeckt und zu erklären versucht. Das gilt ebenso für die muslimischen MigrantInnen in der BRD: „Sie sind Bergarbeiter, Müllmänner, Putzfrauen", heißt es in einer Zeit-Reportage. „Deutsche Staatsbürger sind sie nicht. Seit dreißig Jahren leben Türken unter uns – in ihrer eigenen Welt. Erst seit ihre Häuser brennen, nehmen wir sie wahr." Dieser Artikel erschien Mitte 1993. Jetzt brennen die Häuser nicht mehr. Und damit ist auch das Interesse an den türkischen Nachbarn – so es denn je über Sensationslust und voyeuristische Neugier hinausging – weitgehend wieder erloschen.

Irmgard Pinn

Der Artikel ist die gekürzte, überarbeitete Fassung eines Aufsatzes in: Wissenschaft – Macht – Politik. Interventionen in aktuelle gesellschaftliche Diskurse: Cleve, Ruth, Schulte-Holtey und Wichert (Hrg.): Verlag westfälisches Dampfboot: Münster 1997.

Islamunterricht in Berliner Schulen?



Wie ein Taifun schlug die Nachricht in Berlins Medienwald ein, als das Berliner Oberverwaltungsgericht der Klage der „Islamischen Föderation" stattgab, künftig für muslimische Schüler einen eigenen islamischen Religionsunterricht geben zu dürfen.

Groß war nun das Wehgeschrei über vermutete personelle Verquickungen der Föderation mit Anhängern der türkisch-fundamentalistischen „Milli Görüs". Mit Recht verwies zum Beispiel der Türkische Bund auf die Tatsache, daß die Föderation nicht einmal berechtigt sei, für den sunnitischen Teil des Islam zu sprechen, geschweige denn für die muslimischen Minderheiten, wie zum Beispiel für die alevitischen Gruppen.

Nur die Beantragung der Revision bewahrte die Senatsschulverwaltung bislang davor, sofort mit der Einrichtung eines Angebotes durch die „Islamische Föderation" zu beginnen. Hektisch wurden in der Zeit nach dem Urteil, praktisch das ganze Jahr 1999, Modelle überlegt, wie man zumindest in Konkurrenz zur „Föderation" für den Fall der abschließenden Niederlage vor Gericht ein eigenes, staatliches Angebot „Islamkundeunterricht" oder besser „Islamische Kulturkunde" entwickeln und anbieten könnte. Nach Lage der Dinge dürfte ein solcher Unterricht nur informierend und orientierend, jedoch bekenntnisfrei gestaltet werden, weil bekennender Unterricht den Religionsgemeinschaften vorbehalten bliebe. Immerhin gibt es in Berlin ca. 75000 Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache, davon sind zwischen 30- bis 40 000 muslimischen Glaubens.

Aufgrund der Berliner Tradition und Verfassungslage unterscheidet sich das Land Berlin hinsichtlich des Religionsunterrichts (bislang) noch ganz erheblich von den Regelungen der meisten anderen Bundesländer: Während sonst der Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in öffentlichen Schulen bestimmt, beruft sich Berlin auf den Artikel 141 Grundgesetz, daß diese Regelung für diejenigen Länder außer Kraft setzt, in denen vor dem 1. Januar 1949 eine andere Regelung bestand – das waren Bremen und Berlin. Hier wurde dieser Unterricht außerhalb der Kontrolle der Schule, wohl aber in den Stundenplan integriert, in der Verantwortung der Kirchen (und seit einiger Zeit als Lebenskundeunterricht des Humanistischen Verbandes Deutschland) organisiert. Das Berliner Schulgesetz bestimmt in den §§ 23 und 24 die Einzelheiten, die besonders hinsichtlich des Verfahrens, Schüler ohne Teilnahme an diesen freiwilligen Angeboten in die Freizeit zu entlassen, auf heftige Kritik stoßen.

Aus verständlichen Gründen streben die Kirchen seit geraumer Zeit eine Angleichung der Berliner Regelung an die der anderen Bundesländer an, einsehbar angesichts der Tatsache, daß nur noch jeder dritte Schüler vom Religionsunterricht Gebrauch macht. Auch würde die staatliche Finanzierung bei einem Wechsel des Verfahrens die aktuell leeren Kirchenkassen auffüllen, die Berliner GEW hat Gesamtkosten von zusätzlich 300 Mio. DM jährlich errechnet, wenn ein alternatives staatliches Angebot „Ethik/Philosophie" mit einbezogen wird.
Die Berliner CDU hat im Wahlkampf 1999 deutlich gemacht, daß sie das Angebot einer „Fächergruppe" (ev. oder kath. Religionsunterricht oder Lebenskunde oder Ethik/Philosophie oder...), das Kirchenmodell, vorbehaltlos unterstützt, die SPD lehnte es in den Koalitionsverhandlungen ab, es existiert also keine Vereinbarung darüber. Allerdings erstaunte der amtierende Schulsenator Böger bei seinem Amtsantritt mit der Überlegung, eventuell doch dem Kirchen-/ CDU-Vorschlag zu folgen, ohne allerdings etwas zur Finanzierung zu sagen.
In diesem hochbrisanten Diskussionsstadium ist nun die Frage nach einem islamischen Religionsunterricht oder nach „Islamischer Kulturkunde" zu betrachten.
Kompliziert wird das ganze Feld noch durch die Regelungen mit den ehemaligen Gastarbeiterentsendeländern, namentlich der Türkischen Republik: Bundesweit geregelt ist das Recht für Schüler entsprechender Nationalität auf die Erteilung vom „Muttersprachlichen Ergänzungsunterricht", also Muttersprachenunterricht und Heimatkunde in der Regel im Umfang von fünf Stunden, der in Berlin in der Verantwortung der Konsulate erteilt wird. Angesichts gerade der Berliner Problematik von staatlich verantwortetem Religionsunterricht einigte man sich vor Jahren mit der Türkei auf die zusätzliche Erteilung einer islamisch-sunnitisch orientierten Moral-Religionslehre, wie sie auch in der Türkei üblich ist, mit zwei Wochenstunden. Dieses Angebot kann von türkischen Schülern freiwillig zusätzlich zum Ergänzungsunterricht wahrgenommen werden. Allerdings machen insgesamt nur etwa ein Viertel aller türkischen Schüler vom sogenannten Konsulatsunterricht Gebrauch, sicher wenige kurdische Schüler und sicherlich keine Aleviten bei der Morallehre.
Unvermindert beachtlich, ohne daß statistisch gesicherte Zahlen vorliegen, ist auch die Teilnahme an den Nachmittagsangeboten der diversen Koranschulen der Moscheenvereine, die bei aller Unterschiedlichkeit von traditionell bis fundamentalistisch kaum einen Beitrag zur besseren schulischen Situation der muslimischen Migrantenkinder leisten. Allein das rigide Auswendiglernen der Koransuren in arabischer Sprache vereinnahmt einen Zeitaufwand, der den schulischen Anforderungen damit entzogen wird. Die Situation der Migrantenkinder in Berlin ist mit einer schulischen Mißerfolgsquote von ca. 40% dramatisch genug und stellt leider noch immer statistisch das Schlußlicht aller Bundesländer dar.
Aus interkultureller Sicht, wie sie auf der Grundlage der Empfehlungen der Kultusministerkonferenz von 1996 „Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule" auch für Berlin verbindlich sind, ist eine intensive Auseinandersetzung mit Unterschieden und Gemeinsamkeiten der Weltreligionen unerlässlich, selbstverständlich gilt das für die Beschäftigung mit dem Islam nicht nur für Muslime, sondern auch und besonders für Schüler deutscher Herkunft im Sinne des Abbaus von Vorurteilen.
Wie kann es weiter gehen?
Momentan ist die zukünftige Stellung des Religionsunterrichts in der Diskussion. Gegen die Absicht von Senator Böger hat sich eine Initiative gegen Einführungen eines Wahlpflichtangebotes Religionsunterricht mit breiter Vertretung in Parteien- und Gewerkschaftskreisen sowie bei

Der Staat sollte ohne Bekenntniszwang alle Schüler umfassend über die Weltreligionen und auch über atheistische bzw. humanistisch orientierte Weltanschauungen zu informieren

vielen gesellschaftlichen Gruppen gebildet. Das Verfassungsgerichtsurteil zum brandenburgischen LER (Lebenskunde-Ethik-Religion)-Unterricht steht ebenso aus wie das Revisionsverfahren in Sachen „Islamische Föderation". In Berlin existiert eine „Islamische Grundschule" als anerkannte Privatschule, deren unbestritten nichtfundamentalistische Praxis für die Oberverwaltungsrichter ein gutes Argument für ihre Entscheidung abgab.
Langfristig wird eine stärkere Information der vielen muslimischen Schüler über die Grundzüge des Islam unerläßlich sein, genauso wie für ihre nichtmuslimischen Mitschüler.
Nach meiner persönlichen Vorstellung sollte der Staat in einem verbindlichen Fach (vergleichbar LER) die Möglichkeit haben, ohne Bekenntniszwang alle Schüler umfassend über die Weltreligionen und auch über atheistische bzw. humanistisch orientierte Weltanschauungen zu informieren. Dabei sollten auch authentische Vertreter der Glaubensgemeinschaften in den Unterricht einbezogen werden. Dem Islam käme sowohl in seiner sunnitischen wie alevitisch-schiitischen Form angesichts der Vielzahl der Muslime in unserer Stadt eine zentrale Rolle zu.
Wer darüber hinaus bekennenden Religionsunterricht wünscht, könnte in der bisherigen Form – bei Einführung des o.g. Faches allerdings am Nachmittag – daran teilnehmen. Was den Islamischen Religionsunterricht anbelangt, auf den sich die unterschiedlichen Gruppierungen wohl kaum gemeinsam einigen würden, hätte der Staat nur die repräsentative Vielfalt zu sichern.
Im Rahmen des interkulturellen Unterrichts, auch wenn es kein verbindliches Orientierungsfach geben sollte, hätte „Islamische Kulturkunde" für alle Schüler ihren Nutzen und sollte unabhängig vom Ausgang der laufenden, hochemotionalisierten Diskussionen solide curricular und didaktisch vorbereitet werden. Das Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung und Schulentwicklung (BIL) leistet dazu seinen Beitrag.

Gerhard Weil



Gespräch mit Garip und Haydar von ADA e.V.

ADA e.V. wurde 1987 gegründet und richtet sich vorwiegend an Menschen türkischer und kurdischer Herkunft. Es ist ein Treffpunkt zum Zusammensein, um sie betreffende Fragen zu diskutieren und Handlungsmöglichkeiten zu bieten oder zu erarbeiten. Der Verein finanziert sich aus Spenden und Beiträge oder über Veranstaltungen. ADA ist das türkische Wort für Insel und bezieht sich auf ein Gedicht von Mahir Çayan. Die Insel ist eine Gesellschaft, in der die Menschen ohne Ausbeutung und Diskriminierung leben können und diese frei gestalten können.

ZAG: Die Mediendarstellung über Jugendliche mit islamischem Hintergrund ist besorgniserregend. Sie islamisiere sich immer mehr und falle damit in die Hände fundamentalistischer Kreise. Dadurch würden sie auch immer radikaler und somit eine Gefahr für die hiesige Gesellschaft.

Garip: Einerseits ist es eine Realität, daß sich MigrantInnen, insbesondere die Jugendlichen, aufgrund der Ausgrenzung und des Rassismus, mit dem sie hier konfrontiert werden, auf die von ihren Eltern stammenden Werte besinnen. Darauf aufbauend versuchen sie sich eine Identität zu erarbeiten. In dieser spielt auch die Religion eine wichtige Rolle. Meiner Ansicht nach spielt dabei die Ausgrenzung – der Rassismus – eine entscheidende Rolle. Sie ghettoisieren sich und wenden sich Werten wie eben auch der Religion zu. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß sie sich Identitäten suchen, in denen sie sich besser darstellen können.

Ist dies eine neue Entwicklung? Ist dies anders als vor 10-15 Jahren?

Garip: Eine gravierende Veränderung sehe ich da nicht. Die Tendenz, sich der Religion zuzuwenden, ist und war permanent vorhanden. Die Ursache, eben die Ausgrenzung, die dies bewirkt, ist nicht neu und sie hält an. Der Eindruck, daß man hier unerwünscht ist, hat sich verankert und dies bewirkt die Tendenz, sich zurückzuziehen. Die islamischen Organisationen waren auch schon vor 10 oder 20 Jahren relativ stark. Die Entwicklung der Islamisierung ist auch davon abhängig, welchen Stand sie in der Türkei oder anderen Ländern hat. In der Türkei hat sie in den letzten 10 Jahren erheblich zugenommen. Die ehemalige Wohlfahrtspartei, heute die „Partei der Tugend“, war vor ein paar Jahren an der Regierung beteiligt. Daß dieser Einfluß in den letzten Jahrzehnten eine stärkere Rolle spielte, liegt auch daran, daß die demokratische und die revolutionäre Opposition niedergeschlagen, fundamentalistische Gruppen jedoch staatlich gefördert wurden. Nach dem Militärputsch 1980 wurde in der Türkei der Religionsunterricht zum Pflichtunterricht gemacht. Mittlerweile wird jedoch auch der Fundamentalismus vom Staat als Gefahr wahrgenommen und man versucht, ihn zu kontrollieren.

Zur Zeit gibt es in der Türkei auch starke Auseinandersetzungen, inwiefern das Staatssystem weiter laizistisch bleibt.

Garip: Dieser Konflikt – Laizismus gegen Fundamentalismus – wird von Zeit zu Zeit so hochgeschaukelt, als wäre dies das einzige Problem. Aber es ist nicht so. Diejenigen, die die Fundamentalisten jetzt verdammen, sind auch diejenigen, die sie gefördert haben. Die türkischen Sozialdemokraten, die zur Zeit sehr offensiv laizistische Standpunkte vertreten, waren auch diejenigen, die mit den Fundamentalisten in der BRD für eine Zusammenarbeit eingetreten sind. Sie hatten Bündnisse, z. B. gegen das neue Ausländergesetz. Das Militär, das sich immer sehr kemalistisch, also laizistisch darstellt, förderte religiöse Gruppen, um erstmal die Linken loszuwerden. Und da der Großteil der Bevölkerung religiös ist, kann man ihn so immer noch besser kontrollieren. Eine linke Opposition stellt in den Augen des Militärs eine viel größere Gefahr dar.

Gibt es auch religiöse Gruppen, die nicht gleich fundamentalistisch sind.

Haydar: Natürlich! Zum Beispiel in der ANAP (Mutterlandspartei) gab es vier Strömungen, die sich zur Wahl verbündet haben. Eine war stark islamisch. Es gibt auch liberale



Dieser Konflikt – Laizismus gegen Fundamentalismus – wird von Zeit zu Zeit so hochgeschaukelt, als wäre dies das einzige Problem ...

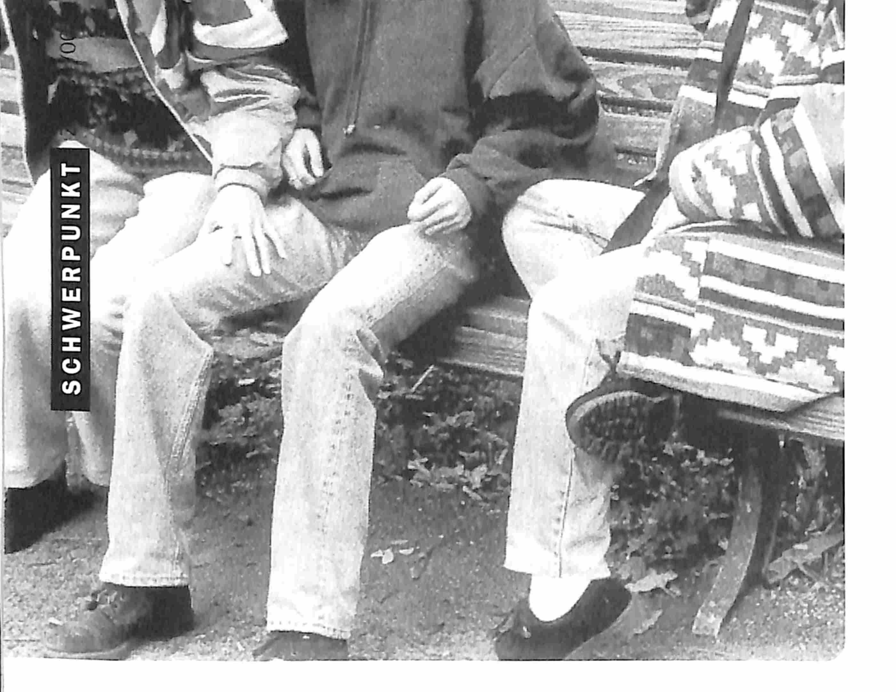
islamische Strömungen. Bei Wahlen stellen sie allerdings den Islam in den Vordergrund, auch wenn sie eigentlich kapitalistische Politik machen. Sie wissen, daß die Bevölkerung mehrheitlich islamisch ist. Wenn sie an die Regierung kommen, dann machen sie kapitalistische Wirtschaftspolitik.
Aber nun wird der Islam politisiert und dient zur Machtübernahme auf Staatsebene, sowohl wirtschaftlich als auch kulturell.

Wie stark ist dieser Einfluß in Deutschland?
Haydar: Die Jugendlichen werden durch die familiären Verhältnisse dazu gebracht sich mit dem Islam auseinanderzusetzen. Ein Jugendlicher ist zunächst diesem Einfluß ausgesetzt, wenn der Vater täglich betet oder er sich fragt: Warum trägt meine Mutter ein Kopftuch? Dann fängt der Jugendliche an, sich damit intensiver zu beschäftigen. Ohne große Auseinandersetzung bekennen sich Jugendliche dazu, gehen auch in die Koranschule oder treffen sich mit Gleichgesinnten.
Aus einem religiösen Bekenntnis entsteht aber noch keine Gefahr für eine Gesellschaft. In den Medien wird dies nicht objektiv dargestellt.
Es wird das Bild durch die Medien vermittelt: „Das Ghetto schlägt zurück" und „die Jugendlichen machen alles kaputt". Ich denke, es gibt keine Gefahr einer starken islamischen Bewegung in Deutschland.

Garip: Ich denke auch, daß es keine solche Gefahr gibt, sondern daß hier eine Sichtweise verbreitet wird, die bewußt rassistisch ist. Es gibt doch auch andere Religionen hier. Aber wenn Ausländer ihre Religion ausüben, wird dies als Gefahr dargestellt. Bspw. mit dem Religionsunterricht, der hier eingeführt werden soll. Sicherlich müssen alle religiösen Organisationen mit Vorsicht betrachtet werden, aber ich möchte dies nicht losgelöst vom Rassismus betrachten. Wenn zum Beispiel in Duisburg von einem Minarett Gebete ausgerufen werden sollen, heißt es, daß es die Menschen dort stört, aber jeden Sonntag läuten die Kirchenglocken, die total nerven, das ist jedoch kein Diskussionsthema.

Wenn man religiöse öffentliche Auftritte verhindern will, dann soll das für alle gelten. Ich bin dafür, daß sowohl Minarette als auch Kirchenglocken verboten werden.
Oder ein anderes Beispiel: Als es darum ging, daß eine Lehrerin in Baden-Württemberg mit Kopftuch unterrichten wollte, war das ein riesiger Skandal. Die Frau ist hier aufgewachsen, ist hier Lehrerin geworden, sie bekennt sich zum Islam. Soweit ich weiß, ist sie auch nicht fundamentalistisch, aber sie will mit Kopftuch Lehrerin sein und das sollte doch eigentlich ganz normal sein. Die ganze Art und Weise, wie diskutiert wird, ist doch nichts anderes als Rassismus. Ich will das nicht unabhängig von Rassismus diskutieren – gerade in Deutschland.

Gibt es heute eine stärkere gesellschaftliche Ausgrenzung mit dem Reflex einer stärkeren Zuwendung zum Islam oder zu irgendwelchen Nationalismen?
Haydar: Eine deutliche Radikalisierung der Jugendlichen gibt es eigentlich nicht. Laut Statistiken gehen nur 30 % der Jugendlichen in die Moschee und das auch nicht nur um zu beten. Heute geht man da hin, trinkt Cola oder Tee oder kuckt gemeinsam Galatasaray gegen Juventus Turin. Solche Dinge machen die Moscheen, um Jugendliche anzuziehen. Unter einer Radikalisierung würde ich verstehen, daß die Jugendlichen offensiv auf die Straße gehen. Das ist nicht der Fall. Das hängt natürlich auch damit zusammen, daß auch die Familien sie stoppen, zu Wohlverhalten anhalten, um sich eine Zukunft hier zu erhalten. In den USA hingegen haben vor einem Jahr zwei Millionen Jugendliche unter der Parole „Islam" auf der Straße demonstriert.



Garip: Ein lautstarkes, öffentliches Auftreten für den Islam findet im Moment nicht statt. Aber das liegt daran, daß sowohl die Fundamentalisten als auch die türkischen Nationalisten seit mehreren Jahren eine Strategie verfolgen, moderat aufzutreten, um sich hier zu etablieren. Die Gesellschaft hier wird als guter Nährboden für ihren Zuwachs angesehen. Wie der Islam wurde auch der Nationalismus in den letzten Jahren vom Staat gefördert. Auch die Grauen Wölfe treten im Gegensatz zu früher nicht mehr gewalttätig auf, sondern verfolgen die Strategie des Wolfes im Schafsfell. Sie organisieren sich hier auf verschiedensten Ebenen. Sie haben ihre Moscheen, Unterorganisationen, Frauenorganisationen, sie haben Fernsehkanäle, arbeiten in deutsch-türkischen Freundschaftsvereinen, in Unternehmensvereinigungen, im Ausländerbeirat, und sie versuchen, gute Kontakte zu für Ausländerpolitik Zuständigen zu pflegen. Eine Frauenorganisation der Fundamentalisten hat hier im letzten Jahr eine Million Mark Fördergelder bekommen. Sie stellen sich in keinster Weise gegen den deutschen Staat. Im Gegenteil, sie wollen sich hier etablieren. Als Gegenstrategie müßte man ihnen den Nährboden wegnehmen. Die Ausgrenzung, der Rassismus, die hohe Arbeitslosigkeit unter Ausländern usw. spielt da eine große Rolle. Dies bewirkt einen gewissen Haß gegenüber den Deutschen und ihren Werten. Der Islam ist nun einmal eine andere Religion, als das Christentum. Gerade da kommen die Fundamentalisten bei den traditionell konservativ eingestellten Familienhäusern gut an.

Die Hinwendung zum Islam, begründet in der hier erfahrenden Ausgrenzung ist also nichts Neues. Warum wird aber von den Medien in den letzten Jahren ein Bild vermittelt, als ob dies etwas Neues und eine Gefahr für unsere Gesellschaft sei?

Haydar: Hierbei spielt sicherlich eine Rolle, daß die Türkei eventuell in die EU aufgenommen werden soll.

Garip: Es gibt Äußerungen in die Richtung, daß Länder mit anderen Werten in der Gemeinschaft nichts zu suchen haben.

Haydar: Man sagt: Es gibt eine christliche Welt und eine islamische. Und die nicht entwickelten Länder haben zumeist Islam als Religion. Und die Menschen, die in den armen Ländern leben, haben natürlich einen anderen Blick auf unsere Welt. Die, die uns ausbeuten, sind christlich. Das ist die christliche Welt, die für die Ausbeutung verantwortlich ist. Z.B. Indonesien: Hier benutzen die Studenten den Islam als Waffe gegen die USA, gegen den Imperialismus. Sie sagen, der Islam wird uns retten.

Garip: Ein anderer Grund ist, daß nach der Auflösung der bipolaren Weltordnung neue Feinde benannt werden mußten, um die eigene Macht zu legitimieren. Bei der Türkei ist dies natürlich heikel. Die Türkei ist Mitglied in der Nato und auch sonst in die „westliche Welt" eingebunden. Wenn allerdings die Türkei selbst den islamischen Fundamentalismus als Gefahr ansieht und seit ca. zwei Jahren auch intensiver bekämpft, findet dies natürlich seine Reflexion in der hiesigen Medienlandschaft.

Der Islam hat also auf der zwischenstaatlichen Ebene für beide Seiten Integrationseffekte. In islamischen Ländern, um die Bevölkerung in der Konfrontation mit dem Westen zu mobilisieren und im Westen, um eine Abgrenzung zu denen zu schaffen „die uns nicht gönnen, daß wir es gut haben". Auf der innerstaatlichen Ebene bietet die Religion eine Identifikationsmöglichkeit für MigrantInnen, um die mangelnde Akzeptanz und den erfahrenen Rassismus aufzufangen und sich ein Selbstbewußtsein zu verschaffen. Im Gegenzug wird sie jedoch dazu benutzt darzustellen, daß die MigrantInnen eine Gefahr sind und damit z.B. eine Ausgrenzungsgesetzgebung zu begründen.

Haydar: Hier muß die Kritik ansetzen. Wenn MigrantInnen hier arbeiten, Steuern zahlen usw. ist dies okay, sie dürfen ihren Pflichten nachkommen. In gewissem Maße dürfen sie sogar ihre Moscheen haben und ihre Religion ausüben. Wenn sie sich jedoch für ihre Rechte einsetzen, wie z. B. Wahlrecht, dann ist das nicht in Ordnung. Sie dürfen nur ihre Pflichten erfüllen. Wenn es um ihre Rechte geht, ist das unerwünscht.

Garip: Wenn man sich mit den Gesetzen arrangiert und sich wohlwollend verhält, wie bspw. die türkischen Unternehmerdachverbände, wird man akzeptiert. Sobald man sich jedoch als Migrant politisch äußert, wird man immer als Gefahr betrachtet.
Jedoch wenn es um islamische Gruppen geht, werden sie auch von der eher linken Öffentlichkeit, ohne genauere Beleuchtung ihrer Hintergründe, als Gefahr wahrgenommen. Deshalb plädiere ich immer dafür, genauer hinzusehen, bevor man sich ein Urteil bildet.

Interview: Tobias Faßmeyer, Markus Stilo (ZAG)

tausendundein Rassismus

Es ist nicht zu diskutieren, was man sich unter Mohammedanern, heute Muslimen und unter Islam in den vergangenen Jahrhunderten bis heute vorstellt. Dahinter würde immer noch die Idee verborgen liegen, es gäbe etwas wissenschaftlich objektiv zu Verallgemeinerndes, was die Begriffe Islam und Muslime bezeichnen würden. Es ist eine Glaubensfrage, was der Islam ist. Zu verschiedenen Zeiten, abhängig von politischen, sozialen, ökonomischen und geographischen Bedingungen, wurde diese Frage unterschiedlich beantwortet. Ergebnis waren politische Bewegungen, die entgegengesetzte, sich widersprechendende Vorstellungen hatten, was Islam sei. Dabei zweifelten die politischen Akteure nie, sich selbst als Muslime zu sehen, die dem wahren Glauben folgen würden. Auch wenn die eine Gruppe der Meinung war, Alkohol und Drogen dienten dazu, näher an Gott zu sein und andere die Überzeugung hatten, gerade diese Genussmittel seien unter Strafe verboten. Durch den Zwang der Produktionsbedingungen, wie bei allen religiösen Bewegungen, setzten sich bis heute auch im Islam die disziplinierenden Bewegungen durch. Hinzu kam, dass die Organisation des Marktes, übrigens schon ein zentraler Bestandteil islamisch-mittelalterlicher Städte, die neuzeitlichen Staaten und ihre Eliten dazu veranlasste, Islam als Instrument des Machterhaltes im Sinne einer marktkontrollierenden Ideologie zu nutzen. Ein bedeutsamer Aspekt des Machterhaltes war und ist bis heute die Unerlässlichkeit, „den" Islam zu definieren. Als goldenes Banner und leuchtendes Vorbild am besten für alle, oder zumindest doch die dem Staat einwohnenden Muslime, muss der Herrscher ihn propagieren. Kein noch so unbedeutender Regionalherrscher kommt bis heute ohne diese Definitionsleistung aus, die Opposition übrigens auch nicht. Alle Staaten mit mehrheitlich muslimischen Einwohnern sind zudem kapitalistisch organisiert, wodurch der von der Herrschaft definierte Islam nach außen auch als ideologische Waffe im Konkurrenzkampf der Staaten, wie z.B. zwischen Saudi-Arabien und Iran, eingesetzt wird. Ein Vergleich mit der ideologischen Verwendung des Begriffes der Demokratie für europäische Eliten bietet sich an. Islamische Ideologiekritik, so wie demokratische übrigens auch, ist eine risikoreiche Angelegenheit. Derjenige, der sich darauf einlässt, findet sich schnell im Gefängnis oder im europäischen Asyl wieder. Wenn also die Definition dessen, was Islam sei, immer mit Machtstrukturen zusammenhängt, existiert keine eindeutige Begriffsbestimmung des Islam aus dem Islam selbst (was nicht heißt, dass es nicht viele Muslime gibt, die einem genau auseinanderlegen, was man unter Islam zu verstehen habe. Auch hier sei es mir gestattet auf diejenigen zu verweisen, die das gleiche bezüglich des Begriffes der Demokratie unternehmen). In diesem Zusammenhang ist die Frage zu stellen, warum viele Menschen im Westen genau meinen zu wissen, was unter Islam zu verstehen sei. Dabei werden jedoch fast niemals die in den verschiedenen nahöstlichen Gesellschaften vorherrschenden ökonomischen und politischen Bedingungen berück-

sichtigt. Dennoch verfügen die meisten Einwohner der westlichen Hemisphäre, also auch die Deutschen, über eine feste Definition, was man unter Muslimen und Islam versteht. Weder Taoismus noch Voodocult erzeugten und erzeugen ähnlich feste Definitionen. Eine Begründung könnte sein, das an der Definition dessen, was Islam sei, seit dem Mittelalter, zum Nutzen des Westens fortgeschrieben wird und Korrekturen nur gezwungenermaßen erfolgten. Diese Korrekturen wurden jedoch nie durch die Wahrnehmung der politischen oder gesellschaftlichen Realität in den islamischen Gesellschaften hervorgerufen, sondern blieben Ergebnis gesellschaftlicher Veränderungen im Abendland bzw. im Westen selbst.

Der Feind ist ausgemacht

In der frühen Neuzeit benötigte man die mittelalterlichen Bilder von Mohamed, dem Begründer der Religion, als Inkarnation des Antichristen, des Teufels u.ä. nicht mehr. Die Bedrohung des christlichen Abendlandes durch das weitaus fortschrittlichere und aufgeklärtere islamische Morgenland war abgewehrt, der Absolutismus als Herrschaftsform etabliert. Daneben hatte man in den italienischen Stadtstaaten festgestellt, das der Handel mit den „Antichristen" wesentlich einträglicher war als aufreibende Kreuzzüge. Europa war auf Expansionskurs, wobei die erfolgversprechenste Methode jedoch noch nicht ausgemacht war. Während Columbus für Spanien in Südamerika die inquisitorische Variante wählte, schufen sich die neuzeitlichen Phönizier in Venedig und Genua ihre Einflussregionen durch Handel und Kapital im Nahen Osten. Diese Art der Herrschaftssicherung wurde später von den Briten im großen Stil kopiert, weiterentwickelt und erfolgreich zur Etablierung des indischen Großreiches praktiziert. Nachdem die religiöse Überlegenheit des christlichen Abendlandes gegenüber dem islamischen Morgenland ökonomisch und militärisch bewiesen war, begann man den Nahen Osten als exotische Antipode zu stilisieren. Das sog. Türkenspiel, ein frühe Form des politischen Theaters, das die Bevölkerung gegen die auf Wien vorrückenden Osmanen mobilisieren konnte, hatte ausgedient. Statt Diskriminierung rückte zunächst der gläubige Muslim als religionsverwandter Gläubiger ins Zentrum der Wahrnehmung. Bis heute ist die katholische Kirche durch diese reduktionistische, positiv diskriminierende Sichtweise geprägt. Während man in Europa die Säkularisierung, also die Trennung zwischen Staat und Religion, forcierte, begannen von der Kirche unabhängige Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler, sich mit dem Islam auseinander zu setzen. Dabei erschufen die Künstler und Wissenschaftler fern ab jeder nahöstlichen Realität eine islamische Bilderwelt. Der Nahe Osten wurde als eine Vermischung von Religiösität, Exotik und Erotik charakterisiert. Bis heute sind dies die gültigen Parameter westlicher Wahrnehmung, deren „Ursprung" in der Kultur und Religion des Islam gesehen werden.

„Aufgeklärter" Rassismus

Die Übersetzung von 1001 Nacht bescherte den mit den menschenverachtenden Realitäten der merkantilen Wirtschaft konfrontierten Intellektuellen im 18. Jahrhundert das Gegenbild eines heiteren, phantastischen, farbigen und märchenhaften Orient und einen literarischen Bestseller ersten Ranges. Deswegen fühlte sich jeder einigermaßen bekannte Schriftsteller und Philosoph der Zeit verpflichtet, irgendwann einmal an der Verankerung des Orientbildes im Bürgertum mitzuwirken. Die Zahl der orientalisierenden Dramen ist rekordverdächtig, zwischen 1710 und 1810 werden über 250 Theaterstücke orientalisch gewandet. Die sog. aufgeklärten Herrscher ließen sich Moscheen in ihren Parks errichten, nicht um zu beten, sondern um ein Zeichen ihrer Toleranz zu setzen. Andere malten Haremsphantasien, die dem sexualfeindlichen Pietismus eine andere Realität entgegenhalten sollten, und nebenbei die bis weit ins 20. Jahrhundert prägende Vorstellung der nahöstlichen Frau als Inbegriff der Lust prägten. Französische Soldaten schickten noch im 20. Jahrhundert während der Besetzung Algeriens Postkarten mit halbnackten Frauen nach Hause. Anders konnte man sich die algerisch-islamische Gesellschaft in Frankreich nicht vorstellen. Nahöstliche Realität existierte nicht. Diese Realität bekam der im Auftrag des Königs von Dänemark 1761 den „glücklichen Orient" bereisende Carsten Niebuhr zu spüren. Er fand jedoch weder die so vorgestellte sexuelle Freizügigkeit noch eine Form besonderer Freiheit. Die mehrjährige Expedition überlebten die meisten Mitglieder nicht. Die Romantiker schienen solche Tatsachen wenig zu stören. „Im Orient", so beschied Schlegel die literarischen Salons, „müssen wir das höchste Romantische suchen." Tausende von Rucksacktou-

französische soldaten schickten noch im 20. jahrhundert während der besetzung algeriens postkarten mit halbnackten frauen nach hause.

risten und Bildungsreisenden der Gegenwart dürften bis heute davon inspiriert sein, wenn sie in den Nahen Osten reisen. Die Wirkung der romantischen Fantasien war im Zeitalter der totalen Verelendung der Massen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zu Beginn des Ersten Weltkrieges besonders stark. Sie waren das bürgerliche Gegenbild zur Realität, denn das emotional sensible Bürgertum wollte die Bilder der tagtäglich sichtbaren Verelendung nicht ertragen. National, zukunftsorientiert und sich elitär gebärdend, ganz dem ökonomischen Liberalismus verplichtet, wollte man „nach den Wirren des Tages in erfreulicheren Dingen, als die Politik der Gegenwart bietet, Ruhe und Labung suchen", wie es der Dichter Friedrich Bodenstedt formulierte. Er avancierte, wohl weil er dieses Verlangen bediente, zu einem der meistgelesensten Autoren. Bis 1916 hatten „Die Lieder des Mirza Schaffy" 164 Auflagen erfahren und mancher Offizier im Schützengraben starb mit einem der 262 tausend verkauften Exemplare in der Brusttasche den „romantisch-orientalisierten" Heldentod. Das besondere der erstmals 1850 aufgelegten orientalischen Dichtung Bodenstedts ist die Tatsache, das bis zu seinem Tod 1892 die literarische Öffentlichkeit der Überzeugung war, es handele sich um eine Übersetzung, und dies, obwohl Bodenstedt öffentlich versicherte, die Gedichte seien sein Werk. Immer wieder wurde der Islam vom Westen im eigenen Interesse neu definiert. In den fünfzigern des vergangenen Jahrhunderts avancierte der Schah von Persien zur Inkarnation kleinbürgerlicher Orientvorstellungen. Die Zeitungen waren bis spät in die siebziger voll mit fantastischen Beschreibungen des persische Neujahrfestes. Dann traten mit der iranischen Revolution die „Fundamentalisten" in die Wahrnehmungswelt ein (die sog. Fundamentalisten gab es schon seit den zwanziger Jahren). Jetzt war jeder Muslim verdächtig, ein islamischer Fanatiker zu sein, der Tschador oder das Kopftuch wurden zu unverwechselbaren Kennzeichen des Islam. Der Islam, das ist Kopftuch und Fundamentalismus, kein Alkohol und die totale Unterwerfung unter rituelle Religionspraktiken. So wie die Deutschen blauäugig und blondhaarig sind, sind Muslime gläubig und fanatisch. Nicht überraschend ist die Tatsache, dass sich diese Vorstellung zunehmend verfestigte, als die europäischen Gesellschaften begannen, sich gegen die Einwanderung aus dem Süden abzuschotten. Aus dem netten türkischen Hilfsarbeiter mit seinen exotischen Festen war der arbeitsplatzkonkurrierende fanatische Muslim geworden. Mit der Erfahrung der Jahrhunderte wird auch dieses Bild des Islam wieder erzeugt, ohne die gesellschaftlichen Realitäten in den Ländern des Nahen Ostens und die Verantwortung des Westens zu reflektieren. In ihm wird jedoch nichts anderes festgehalten, als die eigene Überlegenheit. „Aufklärung" über den Islam sei es, die fehle dem Westen, sagen nun viele. Fakt ist jedoch, dass sich in den vergangen Jahrhunderten Heerscharen von christlichen und säkularen Autoren darum bemüht haben, den Westlern den Islam zu erläutern. Aber da es den Islam, siehe oben, nicht gibt, bleiben die „Aufklärer" jener Ideologie verhaftet, die eine grundsätzliche qua Geburt oder Kultur definierte Verschiedenheit zwischen Muslimen und Westlern feststellt, zum eigenen Nutzen, versteht sich. Qua Islam und Muslime lässt sich nicht nur weiter jeder Zusammenhang zwischen Immigration und Kapitalismus leugnen, sondern auch der diesem Zusammenhang innewohnende Rassismus als Toleranz tarnen.

emanzipationsbewegungen im maghreb



Feminismus und Islam – auf einen ersten, noch unreflektierten – westlichen – Blick scheinen dies zwei einander diametral entgegengesetzte, ja sogar sich gegenseitig ausschließende Größen zu sein. Jedoch darf eine allzu voreilig gefaßte Meinung nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch in maghrebinischen Staaten äußerst engagierte feministische Gruppierungen gibt, die sich mit unermüdlicher Kraft und Ausdauer für die Rechte der Frauen einsetzen.

Für ein grundlegendes Verständnis frauenemanzipatorischer Bewegungen ist das Wissen um die eminente Rolle des Islams notwendig, da dessen Institutionen und Denkweisen die politischen, kulturellen und nationalen Rahmenbedingungen der Bemühungen entscheidend prägen. Hieraus resultierend müssen die feministischen Aktivitäten stets auch in ihrem spezifischen historischen Kontext untersucht werden, da nur auf diese Weise Besonderheiten der Entstehung und Entwicklung in ihrer Gesamtheit erfaßt werden können. Dies soll auch die folgende Betrachtung feministischer Bestrebungen in Marokko, Tunesien und Algerien bestimmen.

MAROKKO

Die Geburt der marokkanischen Frauenbewegung läßt sich entstehungsgeschichtlich in die Zeit der nationalen Befreiungskämpfe von der französischen Kolonialmacht einordnen. Die Nationalisten griffen dabei viele Ideen dieser Bewegung auf und führten sie mit ihren eigenen Zielen (u. a. Bekämpfung reaktionärer Denkweisen, Schaffung eines neuen Selbstbewußtseins bei der weiblichen Bevölkerung) zusammen. Während dieser Zeit entstanden auch die ersten Frauenverbände, die noch der nationalistischen Partei Istiqlal, bzw. der Marokkanischen Kommunistischen Partei angegliedert waren. Diese Hoffnung erweckende Blütezeit der Frauenbewegung fand nach dem Erreichen der Unabhängigkeit im Jahre 1956 ein jähes Ende; die Zahl der politisch aktiven Frauen verminderte sich in dem Maße, wie ihre männlichen Parteigenossen zunehmend die Führung jeglicher Aktivitäten übernahmen. Die seit 1964 massive Verstärkung der zentralen Staatsmacht mit gleichzeitig einhergehender Repression aller demokratisch-liberalen Ideen tat ein Übriges. Es spricht nur für die Vitalität und Ausdauer der Frauenbewegung, daß sie angesichts dieser eminenten Schwierigkeiten nichtsdestotrotz fortbestand und mit der Stabilisierung der politischen Verhältnisse (seit dem Jahr 1974) wieder erstarkte. Seit dem Ende der achtziger Jahre nahm die Frauenbewegung einen eindeutig feministischen Charakter an; im Zentrum der Forderungen standen nunmehr u.a. die Revision der Verfassung unter dem Gesichtspunkt einer tatsächlichen Gleichheit der Geschlechter und die Absicherung der politischen Rechte der Frauen. Am heutigen Zeitpunkt läßt sich ein stetiges Anwachsen hauptsächlich der organisierten Frauenbewegung konstatieren, die sich insgesamt in drei große Gruppen einteilen lassen:

1. Die offiziell anerkannten Frauenvereinigungen, die bestimmte, das alltägliche Leben der marokkanischen Frauen betreffende Ziele verfolgen und zu diesem Zweck mit den staatlichen Behörden kooperieren. Das Hauptbetätigungsfeld dieser Gruppen liegt in Rabat und Casablanca, da diese großen Städte relativ aufgeschlossen gegenüber den Aktivistinnen sind.
2. Die Frauensektionen innerhalb der politischen Parteien, die sich größtenteils der Ziele ihrer jeweiligen Partei anschließen.
3. Die Vereinigungen zum Schutz der Familie, die in ihren Bemühungen, die Lage von Familien zu verbessern, überwiegend ethische Absichten verfolgen.

Die offensichtliche Disparität der Bewegung läßt somit auf ein breites Betätigungsfeld schließen, das jedoch nicht immer optimal erschlossen werden kann; so wird auch die marokkanische Frauenbewegung nur allzu oft mit den Schwierigkeiten konfrontiert, die die Revision einer patriarchalen, undemokratischen Gesellschaft in sich birgt.

Abschließend bleibt noch zu vermerken, daß sich die Frauenbewegung trotz dieser Hindernisse kontinuierlich ausweitet und eine immer breitere Öffentlichkeit, auch im Ausland, erreichen kann. Sowohl in Marokko als auch in den Ländern Algerien und Tunesien bestimmen Frauen in traditioneller Tracht (hidjab) als auch die meist jüngere Generation in westlichem Outfit mit Jeans oder knappem

Mini und in Plateauschuhe das Straßenbild. Dieses vordergründig „moderne" Ambiente darf aber nicht als Garant oder als Ausdruck irgendeiner – jedweder – Gesinnung (miß-)verstanden werden. Es ist – und das besonders bei der Jugend – lediglich ein Zeichen von Gruppenzugehörigkeit. Und, was von Westlern nur zu gerne vorschnell falsch gedeutet wird, ist die Tatsache, daß sich unter einem hidjab sowohl die traditionell denkende und nach diesem Muster agierende Frau verstecken kann, genau wie der Minirock mitnichten Ausdruck einer weltoffenen Geisteshaltung sein muß. Kleider machen zwar bekanntlich Leute, verändern oder widerspiegeln – zumindest nicht zwingend – deren Gesinnung!

ALGERIEN

Auch die algerische Frauenbewegung muß unbedingt vor dem Hintergrund der nationalen Befreiungskämpfe gesehen werden, an denen die Frauen schon von Beginn an in äußerst hohem Maß und mit beispielhaftem Mut beteiligt waren. Die während des Krieges gehegten Hoffnungen wurden nach seinem Ende jedoch nicht erfüllt – im Gegenteil läßt sich die Entwicklung Algeriens seit 1962 wie ein kontinuierliches Voranschreiten einer massiven Repression der Frauen begreifen. Zwar konstatierte die Verfassung von 1963, daß „alle Bürger beider Geschlechter gleiche Rechte und Pflichten haben", doch ließ die tatsächliche politische Entwicklung eine zunehmend feind-

Emanzipationsbewegungen werden aus westlicher Sicht nur zu oft immer noch fehlgedeutet.

selige Haltung gegenüber den Frauen erkennen. So konnte z.B. eine Revision des Familienrechts, die bereits seit 1973 zur Diskussion stand, erst wieder 1979, nach dem Tod von Boumedienne, eingebracht werden. Als ein Meilenstein in der Entstehung und Entwicklung des algerischen Feminismus muß insbesondere das Jahr 1981 gewertet werden, als sich spontane Proteste gegen sexistische Maßnahmen der Grenzpolizei bildeten und zum ersten Mal in der Geschichte Algeriens das Demonstrationsverbot überschritten wurde. Doch mußte dieser vermeintliche Fortschritt mit dem 1984 verabschiedeten, beispiellos kontrovers diskutierten neuen Familienrecht eine herbe Niederlage erleiden, da nun die unumschränkte Herrschaft des Mannes über die Frau auch legal abgesichert war. Dieses Gesetz avancierte im folgenden zum grundlegenden Stein des Anstoßes der Frauenbewegung, die sich zahlenmäßig rasant vermehrte. Dem gegenüber stand, quasi auf der „anderen Seite", die sich erhöhende Zahl der islamischen Integristinnen, woraufhin es zu offenen Kämpfen dieser beiden gesellschaftlichen Konzeptionen kam, so daß Demonstrationen der Feministinnen von solchen der militanten Islamistinnen konterkariert wurden. Dem feministischen Diskurs trat ein islamistischer entgegen, der die freiwillige Unterwerfung der Frau unter Gott – interessanterweise begleitet von durchaus emanzipatorischen Bestrebungen gegenüber den Ehemännern, den Vätern und Brüdern (!) – thematisierte. Besonders deutlich offenbarte sich diese komplexe Situation, als 1991 sowohl Feministinnen wie auch Islamistinnen im Golfkrieg den Irak unterstützten – natürlich aus je völlig unterschiedlicher Motivation.



Auch in den folgenden Jahren kämpften die algerischen Feministinnen gegen die Unterdrückung durch das Patriarchat – angesichts der zunehmenden Islamisierung und der daraus resultierenden männlichen Gewalt eine in ihrer Dringlichkeit nicht zu unterschätzende Aufgabe, die allerdings vom allgegenwärtigen Vorwurf des Verrats an der nationalen algerischen Identitätsbildung begleitet wurde. Auch heute noch läßt sich deutlich erkennen, wie sehr die algerischen Feministinnen bemüht sind, sich von westlichen Ideologien abzugrenzen und eine Identitätsbildung vor dem eigenen nationalen Kontext anzustreben. Die Narben der 132-jährigen Kolonisation durch die Franzosen haben sicherlich nicht unerheblich dazu beigetragen, daß das Suchen nach eigenständiger Authentizität hier besonders ausgeprägt ist. Dieses ständige Oszillieren zwischen zwei Polen muß als Spezifikum der algerischen Frauenbewegung beurteilt werden, das folgerichtig die immanente Problematik der Vereinigung von einander entgegengesetzten Zielen einschließt.

Die zunehmende Öffnung der Bewegung und die damit einhergehende Orientierung an internationalen, übergreifenden Zielen weckt die Hoffnung, daß die algerischen Feministinnen diese internen Spannungen überwinden, um so ihre Kraft auf die dringlicheren Ziele lenken zu können. Daß emanziparorische Bewegungen Spannungen erzeugen, liegt auf der Hand. So formuliert der algerische Politologe Akli Kebaili :

„Was wird aus den Frauen, die mehr Selbständigkeit gegenüber ihren Eltern oder ihren Männern erreichen wollen? Sie lehnen Polygamie ab und fordern Gleichberechtigung von Mann und Frau, die nicht in der islamischen – und in keiner anderen Offenbarungsreligion – zu finden

ist. Was soll man tun bei einer Konfrontation zwischen Frauen – die ihre Rechte einfordern – und deren konservativen Familien, die die Frau als Menschen zweiter Klasse betrachten? Soll man diese Frauen unterstützen oder die Religion ihrer konservativen Eltern respektieren?"
Gerade in Algerien scheint es verwunderlich, wenn nicht unglaublich, daß die Frauen derartig von der Männerwelt unterdrückt werden, denn schließlich waren sie es, die den Befreiungskrieg in nicht unerheblichem Maße getragen haben. Sie waren es, die mutig im Untergrund gearbeitet haben – und noch heute überzeugen Schriftstellerinnen wie Assia Djebar oder Myriam Ben mit ihren äußerst bescheidenen Schilderungen von heldenhaften Einsätzen, ohne jeglichen Hang zum Stilisieren oder Dramatisieren.

TUNESIEN

Die Emanzipationsbewegungen im benachbarten Tunesien verliefen vergleichbar mit denen in Algerien und Marokko. Nach der Unabhängigkeit (1956) bildeten sich auch hier in der Phase der ersten Euphorie Gruppierungen heraus, die für die Rechte der Frau eintraten. Seit 1956 ist der Islam Staatsreligion, 98% der Bevölkerung gehören seiner sunnitischen Richtung an. Damit wurde die Emanzipationsbewegung unterminiert, wenngleich man vorgab, lediglich den von der Kolonialmacht aufoktroyierten Weg der Modernisierung zu bekämpfen. Der tunesische Islamist Rached Ghannouchi formuliert das so:
„Japan hat seine Traditionen, seine Kultur, seine Zivilisation peinlich gewahrt und nimmt doch teil an der universellen Entwicklung der Modernität. Israel hat eine tote Sprache wiederbelebt, sich eine Geschichte gegeben, die auf den Anfang aller Zeiten zurückführt, und hat seinen Platz in der Welt besetzen können. Warum sollen wir die einzigen sein, die nur durch die erzwungene Vermittlung von Descartes und Marx in den Genuß der Segnungen der Modernität kommen?"
Ghannouchi hält die „ungleiche und perverse Beziehung zum Westen" keineswegs für fatal – er fordert bloß einen „eigenen Weg: den, der durch unsere Religion, unsere Geschichte und unsere Zivilisation vorgezeichnet ist". Auffallend freizügig imponierte Tunesien mit Kampagnen, die Tabuthemen aufgriffen (beispielsweise die großangelegte Plakat-Kampagne gegen Aids), was auf eine doch recht weltoffene Gesinnung schließen läßt. Und anders als im traditionell-kastendenkenden Marokko genießen die Tunesierinnen etwas mehr Freiheit. Mitverantwortlich hierfür ist sicherlich der florierende Tourismus, der in Tunesien eine immense Bedeutung einnimmt und durch den sehr früh fremde Menschen – und damit fremde Gesinnung – ins Land kamen (während beispielsweise in Algerien der Tourismussektor geradezu sträflich vernachlässigt wurde).
Emanzipationsbewegungen – ob nun als Segen oder lästiger Aufstand bewertet – werden aus westlicher Sicht aber nur zu oft immer noch fehlgedeutet. Wie sehr in den Maghrebstaaten auch heute noch ein Matriarchat die Oberhand im Haus hat, d.h. daß der Mann zwar nach außen hin repräsentiert und hier auch das Sagen hat (was sich schon optisch dadurch ausdrückt, daß die Frau auf der Straße einige Schritte hinter dem Mann zu gehen hat!), intern aber haben die Frauen letztendlich die Entscheidungsgewalt inne. Und wenngleich die Verstoßung die Frauen entwürdigt und demütigt – ihnen bleibt oft nichts anderes als die Flucht in die Prostitution -, um so mächtiger sind sie, nachdem der Mann sich erst einmal hat hinreißen lassen sie zweimal zu verstoßen. Das dritte Mal wäre definitiv, das weiß er.
Verstoßen zu werden bedeutet nämlich nicht nur, aus dem Haus geworfen zu werden, es heißt auch, die Kinder zurückzulassen, für die die Frau aber auch nach der Verstoßung tagsüber noch sorgen muß. So bleibt ihr schon gar keine Zeit mehr, sich durch eine eigene Arbeit Geld zu verdienen und unabhängig zu werden. Hinzu kommt die soziale Ächtung, die die Frau gesellschaftlich total ausgrenzt.

RESÜMEE

Es muß konstatiert werden, daß die Frauen in den drei Maghrebstaaten äußerst couragiert um ihre Rechte kämpfen, doch mußte die Emanzipationsbewegung unter dem Einfluß der Integristen arge Rückschläge verbuchen. Von daher sollten westliche Beobachter – insbesondere die Presse – auch geringste Erfolge anerkennen und hervorheben. Von den Frauen – sowohl den westlichen als den muslimischen – kann mehr Verständnis für die je andere Situation abverlangt werden. Denn auch heute noch geistert das Bild von Polygamie und Patriarchalismus einerseits und Sittenverfall und moralischer Verderbtheit andererseits – selbst als Stereotypen in der Literatur und im Journalismus – in vielen Köpfen herum. Die Frauen im Maghreb brauchen unsere Solidarität, unsere Sympathie und unsere Anerkennung unbedingt, um überhaupt Kraft für den tagtäglichen Kampf aufzubringen, wie uns immer wieder in Gesprächen versichert wurde.

Donata Kinzelbach und Esther Kraus

Islam und Politik

„Gegen die Herrschaft von Menschen kann man Widerstand leisten, aber der Kampf gegen die Herrschaft der Theologen zieht, indem er als Ungehorsam und Häresie gegen die Herrschaft Gottes deklariert wird, den Vorwurf des Unglaubens, des Atheismus und der Ketzerei auf sich".

Arabische, iranische oder türkische DenkerInnen, die mit übersetzten Büchern hierzulande populär geworden sind, beschränken sich im Wesentlichen auf solche, die zuvor den Angriffen, womöglich den Morddrohungen islamistischer Extremisten ausgesetzt waren. Bekanntestes Beispiel: Salman Rushdie, wer in Deutschland kannte diesen Schriftsteller, bevor die Satanischen Verse veröffentlicht wurden. In den europäischen Medien werden die Werke von DenkerInnen aus dem arabischen Sprachraum nicht aufgrund ihrer künstlerischen oder wissenschaftlichen Qualität bekannt, sondern werden ihre Inhalte als anti-islamisch oder anti-fundamentalistisch wahrgenommen. Nicht mehr von den eigentlichen Inhalten ist die Rede, sondern vom jeweiligen „Fall".
Auch Dr. Nasr Hamid Abu Zaid, geb. 1947, ist ein solcher „Fall". Der Professor für rhetorische und islamische Studien lehrte bis 1995 an der Universität Kairo, dann mußte er Ägypten verlassen. Über sein Schicksal berichteten die internationalen Medien ausführlich: Vorwurf der Ketzerei, wüste Beschimpfungen in der ägyptischen Presse, ernstzunehmende Morddrohungen und zuletzt eine Zwangsscheidung. Aus diesem Blickwinkel heraus muß dieses Buch sicherlich enttäuschen, da der Wissenschaftler sich mit der Analyse und Interpretation religiöser Texte beschäftigt. Der gläubige Moslem der von sich selber sagt: „ich verehre den Koran mehr als alle Orthodoxen", ist der aufklärerischen Strömung zuzuordnen.
Im Mittelpunkt von Abu Zaids Kritik steht diejenige theologische Richtung, die man als sunnitisch-islamische Orthodoxie bezeichnen könnte, eine Auslegung des Islam, welche menschliche Vernunft mißachtet und seit Jahrhunderten die Herrschaft der jeweiligen Regierenden theologisch rechtfertigt. Für ihn hat sich historisch eine religiöse Institution gebildet, die in den meisten Fällen der politischen Macht unterstellt ist. Bis zum 3. Jahrhundert nach der Hidschra (9. Jahrhundert n. Chr.) war die Interpretation die Angelegenheit aller Leute, nicht einzelner Gruppen oder der Theologen der staatlichen Macht. Durch Al-Ma'mum (dem Abbasiden-Kalif) gründete sich eine Schule, die ihre Dogmatik der Gesellschaft aufzwang. In der Folgezeit mischte sich die staatliche Macht immer mehr ein und lenkte die Interpretation der Texte, um sie für ihre Ziele benutzen zu können. Vor allem aber weist Abu Zaid auf die Vielzahl und die Relativität möglicher Interpretationen hin. Wer für seine Auslegung eine ultimative Gültigkeit beanspruche und anderen Interpretationen ihre Berechtigung abspreche, maße sich nicht nur ein Wissen an, über das Gott allein verfüge, sondern stehe auch im Widerspruch zu „Interpretationspluralismus", der die islamische Geschichte geprägt habe. Damit verneint Abu Zaid jegliches „Interpretationsmonopol" der islamischen Orthodoxie.
Er wirft den Theologen vor, den Koran aus dem Kontext seiner objektiven geschichtlichen Umstände zu reißen. Der Koran entstand innerhalb von 21 Jahren, die Verse wurden situationsbedingt offenbart und nicht gleich als Ganzes. Damit war von Anfang an eine direkte Beziehung zwischen Text und Wirklichkeit gegeben. Es gibt die Möglichkeit der Abrogation (Änderung von Urteilen) im Koran selbst. Diese Anforderung an die Realitäten fordert er auch für die heutige Interpretation des Koran. Ein Teil des Koran hat für ihn eine historische Bedeutung, das heißt, er redet die Zeit an, in der er offenbart wurde. Alle Texte, die zum Beispiel von der Sklaverei sprechen, sind zu historischen Zeugnissen geworden, da eine Sklavenhaltergesellschaft nicht mehr existiert und daher ihre Bedeutung nicht unverändert fortdauert.
Über die „theologiegeschichtliche" Kritik hinaus hat Abu Zaid den zeitgenössischen religiösen Diskurs in Ägypten – vor allem den „Staatsislam", der über die Medien im ganzen Land verbreitet wird – als in seinen Grundstrukturen extremistisch angeprangert. In seinen Augen konkurriert der Staat durch die Menge der religiösen Programme mit den islamistischen Gruppierungen. Da werden z. B. die Nachrichten unterbrochen durch den Ruf zum Gebet. Der Staat möchte die islamischen Gruppierungen an Religiosität überbieten. Er widersetzt sich nur ihrem politischen Verhalten, nicht ihrer Programmatik.
Dieses Buch setzt eine ganze Reihe Vorinformationen beim Lesen voraus. Es stellt aber auch sehr deutlich dar, daß es „den" Islam nicht gibt. Für Fachinteressierte bietet das Buch sicherlich viele neue Denkanstöße, da sich Abu Zaid ausführlich mit dem Koran und den traditionellen Koranwissenschaften sowie der aktuellen Situation in Ägypten auseinandersetzt. Der Anmerkungsteil hätte etwas ausführlicher sein können, da doch bei vielen Lesern einige Fakten nicht vorausgesetzt werden können.

Elke Frye (ZAG)

Nasr Hamid Abu Zaid, Islam und Politik: Kritik des religiösen Diskurses, dipa-Verl. 1996, Frankfurt a.M., 223 S.

zum weiterlesen

Das Schwert des „Experten". Peter Scholl-Latours verzerrtes Araber- und Islambild. Klemm, Verena / Hörner, Karin (Hg.), Heidelberg 1993

Der Islam. Burgmer, Christoph. Suhrkamp Taschenbuch, Frankfurt/M. 1998.

Deutsche Türken – Türk Almandar. Das Ende der Geduld. Leggewie, Claus/Senocak, Zafur (Hg.), Reinbek bei Hamburg 1993

EuroPhantasien. Die islamische Frau aus westlicher Sicht. Pinn, Irmgard/Wehner, Marlies, Duisburg 1995.

Feindbild Islam. Hippler, Jochen/Lueg, Andrea (Hg.), Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1998

Teun A. van Dijk

Diskurs und Rassismus

Der folgende Text ist eine gekürzte Version des gleichnamigen Artikels von Teun A. van Dijk. Die volle Version soll in David Goldberg & John Solomos (Hrsg.): The Blackwell Companion to Racial and Ethnic Studies. Oxford (Blackwell) erscheinen.

Für die meisten Menschen (...) ist der Begriff Rassismus nicht in erster Linie mit dem des Diskurses verbunden. Näher liegende Assoziationen wären da Diskriminierung, Vorurteil, Sklaverei oder Apartheid, oder andere Konzepte, die zur ethnischen oder „rassischen" Dominanz und Ungleichheit in Beziehung stehen. (...) Und dennoch, auch wenn es beim Diskurs nur um „Wörter" zu gehen scheint (...), spielen Texte und Gesprochenes doch eine entscheidende Rolle bei der Reproduktion des heutigen Rassismus. Dies trifft in besonderer Weise auf die schädlichsten Formen des heutigen Rassismus zu, nämliche auf den der Eliten. Politische und bürokratische Eliten, Eliten in Konzernen, Medien Bildung und Wissenschaft beherrschen die entscheidenden Dimensionen und Entscheidungen im alltäglichen Leben von ImmigrantInnen und Minderheiten: Einreise, Aufenthalt, Arbeit, Wohnung, Bildung, Sozialwesen, Gesundheitsversorgung, Wissen, Information und Kultur. Sie tun dies überwiegend, indem sie reden und schreiben, z.B. in Kabinettssitzungen und Parlamentsdebatten, bei Einstellungsgesprächen, in Nachrichten, Werbung, Unterricht, Lehrbüchern, wissenschaftlichen Artikeln, Filmen und Talk-Shows und anderen Formen des Elitediskurses.

Die symbolischen Eliten, also diejenigen, die wortwörtlich alles in der Gesellschaft „zu sagen" haben, sind mit ihren Institutionen und Organisationen Beispiele für Gruppen, die an Machtmissbrauch und Dominanz beteiligt sind.

Dies bedeutet, dass Diskurs – wie andere soziale Verhaltensweisen, die sich gegen Minderheiten richten – zuerst einmal eine Form der verbalen Diskriminierung sein kann. Der Elitediskurs kann somit eine wichtige elitäre Form des Rassismus darstellen. Ähnlich findet auch die (Re)Produktion von ethnischen Vorurteilen, die solchen verbalen und anderen sozialen Verhaltensweisen zugrunde liegen, größtenteils durch Texte, Reden und Kommunikation statt. Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass der Diskurs – besonders in den heutigen Informationsgesellschaften – ein Herzstück des Rassismus darstellt. Dieser Artikel erklärt, wie das funktioniert und warum das so ist.

Rassismus

(...) Während Rassismus häufig auf rassistische Ideologie reduziert wird, wird er hier als ein komplexes gesellschaftliches System ethnisch und „rassisch" basierter Herrschaft und der daraus resultierenden Ungleichheit gesehen. Das System des Rassismus besteht aus einem gesellschaftlichen und einem kognitiven Subsystem.

Das gesellschaftliche Subsystem umfasst die sozialen Praktiken der Diskriminierung auf der lokalen (Mikro-) Ebene und die Beziehungen des Machtmissbrauches durch dominante Gruppen, Organisationen und Institutionen auf der globalen (Makro-) Ebene.

Wie oben angedeutet, kann Diskurs eine einflussreiche Form der diskriminierenden Praxis darstellen. Die symbolischen Eliten, also diejenigen, die wortwörtlich alles in der Gesellschaft „zu sagen" haben, sind mit ihren Institutionen und Organisationen Beispiele für Gruppen, die an Machtmissbrauch und Dominanz beteiligt sind.

Ein zweites Subsystem des Rassismus ist kognitiv. Die diskriminierenden Praktiken von Mitgliedern der dominanten Gruppen und Institutionen bilden die sicht- und greifbare Form des alltäglichen Rassismus, sie beruhen aber auf einer mentalen Basis, die aus von Vorurteilen behafteten Modellen ethnischer Ereignisse und Interaktionen besteht, die ihre Wurzeln wiederum in rassistischen Vorurteilen und Ideologien haben. Dies bedeutet nicht, dass diskriminierende Praktiken immer intentional sind, sondern lediglich, dass sie negativ ausgerichtete, von der Gesellschaft geteilte, mentale Repräsentationen über Uns und Sie voraussetzen. Die meisten psychologischen Studien zu „Vorurteilen" beschäftigen sich mit diesem Aspekt des Rassismus, selten jedoch in dieser Form, d.h. mit Hinblick auf deren Rolle im gesellschaftlichen System des Rassismus. Vorurteile werden hingegen zumeist als eine Eigenschaft von Individuen erforscht.

Der Diskurs spielt eine fundamentale Rolle im Hinblick auf diese kognitive Dimension des Rassismus. Ethnische Vorurteile und Ideologien sind nicht angeboren und entwickeln sich auch nicht spontan in der ethnischen Interaktion. Sie werden erworben und gelernt, was üblicherweise durch Kommunikation geschieht, also durch gesprochene Sprache und Texte. Umgekehrt werden solche rassistischen mentalen Repräsentationen typischerweise in Diskursen ausgedrückt, formuliert, verteidigt und legitimiert und können so innerhalb der dominanten Gruppe reproduziert und ausgetauscht werden. Vor allem auf diese Weise wird Rassismus in der Gesellschaft „gelernt".

Diskurs

(...) „Diskurs“ wird hier nur allgemein als ein spezifisches kommunikatives Ereignis verstanden, und im einzelnen als eine geschriebene oder gesprochene Form der verbalen Interaktion oder des Sprachgebrauchs. Manchmal wird „Diskurs“ in einem gegnerischeren Sinn verwendet, um einen Diskurstyp zu bezeichnen, also eine Sammlung von Diskursen oder eine Klasse von Diskursgenres, so z.B. „medizinischer Diskurs“, „politischer Diskurs“ oder gerade auch „rassistischer Diskurs“.
Auch wenn der Begriff oft in dieser Weise gebraucht wird, verstehen wir unter Diskurs nicht eine Philosophie, Ideologie, soziale Bewegung oder ein soziales System, wie dies in Formulierungen wie „der Diskurs des Liberalismus“, oder „der Diskurs der Moderne“ der Fall ist – es sei denn, wir beziehen uns ausdrücklich auf Sammlungen von Gesprächen oder Texten. (...)

Strukturelle Analyse

Diskurse können unterschiedliche Strukturen haben, die auf viele unterschiedliche Weisen analysiert werden können, je nachdem, welchen generellen Ansatz man verfolgt (linguistisch, pragmatisch, semiotisch, rhetorisch, interaktional, etc.) oder welche Genres man analysiert, seien es Gespräche, Nachrichten, Gedichte oder Werbung. Demnach können sowohl geschriebene/gedruckte Texte als auch gesprochene Sprache auf unterschiedlichen Ebenen und unter Einbeziehung verschiedener Dimensionen untersucht werden. Jeder dieser Aspekte kann direkt oder indirekt an der diskriminierenden Interaktion gegenüber Mitgliedern von Minderheitengruppen oder an mit Vorurteilen behafteten Diskursen über Minderheiten beteiligt sein. (...) Mit den vielen subtilen Strukturen von Bedeutungen, Formen und Verhalten betont der rassistische Diskurs allgemein „Unsere guten Seiten“ und „Ihre schlechten Seiten“ und schwächt „Unsere schlechten Seiten“ und „Ihre guten Seiten“ ab, bzw. mildert sie ab oder versteckt sie. Dieser allgemeine „ideologische“ Rahmen ist nicht nur auf rassistische Dominanz anwendbar, sondern generell auf alle Formen der Polarisierung zwischen „ingroup“ und „outgroup“ in sozialen Praktiken, Diskursen und Denken.

Die kognitive Schnittstelle

Eine angemessene Theorie des Rassismus ist nicht-reduktonistisch in dem Sinn, dass sie Rassismus nicht nur auf Ideologie oder „sichtbare“ Formen rassistischer Praktiken begrenzt. Das gleiche gilt für die Art und Weise, wie Diskurs an Rassismus beteiligt ist. Dies trifft besonders auf die „Bedeutungen“ von Diskurs und somit auf das, was wir glauben oder für wahr halten, d.h. für die Kognition. Diskurse sind nicht nur Formen der Interaktion oder soziale Praktiken, sondern drücken Meinungen aus und vermitteln sie und können so das, was wir über ImmigrantInnen oder Minderheiten glauben, beeinflussen.
Wenn wir in detaillierter Form Diskursstrukturen analysieren, geht es also nicht nur darum, die genauen Eigenschaften eines bestimmten Typs diskriminierender sozialer Praktiken zu untersuchen, sondern besonders auch darum, tiefere Einsichten in die Art und Weise zu gewinnen, in der Dikurse unsere Gedanken ausdrücken und organisieren. Es ist besonders diese Schnittstelle zwischen Diskurs und Kognition, die erklärt, wie ethnische Vorurteile und Ideologien in der Gesellschaft ausgedrückt, vermittelt, ausgetauscht und reproduziert werden. So kann beispielsweise ein im Passiv formulierter verschleiern, wer der verantwortliche Akteur ist. Eine spezifische Art von Metapher (wie z.B. die der „Invasion von Flüchtlingen“) kann unsere negative Meinung, die wir über Andere haben, verstärken. Ein Euphemismus wie „ablehnende Haltung der Bevölkerung“ kann das negative Selbstimage abmildern, das ein Ausdruck wie „Rassismus“ suggerieren könnte. Auf diese und andere Weise können Diskursstrukturen so die spezifischen mentalen Modelle, die wir über ethnische Ereignisse haben, beeinflussen, aber auch die allgemeineren sozialen Repräsentationen (Einstellungen, Ideologien), die wir über uns selbst und Andere haben. Und wenn solche mentalen Repräsentationen erst einmal in der Art, die der rassistische Diskurs intendiert, beeinflusst worden sind, dann können sie auch eingesetzt werden, um sich in anderen rassistischen Praktiken zu engagieren. So schließt sich der Kreis von Rassismus und dessen Reproduktion.

Der soziale Kontext: die Eliten

... Die Eliten spielen eine besondere Rolle bei der Reproduktion des Rassismus. Dies hat nichts damit zu tun, dass sie allgemein rassistischer wären als Nicht-Eliten, sondern mit ihrem besonderen Zugang zu und der Kontrolle über die einflussreichsten Formen des öffentlichen Diskurses, nämlich dem der Massenmedien, der Politik, der Bildung, der Wissenschaft und der Bürokratien. Wir definieren diese Eliten daher weder im Hinblick auf ihre materiellen Ressourcen, die die Basis von Macht sind, wie etwa den Reichtum, noch lediglich über ihre Position der sozialen Führerschaft. Wir definieren sie im Sinne der symbolischen Ressourcen, die ein symbolisches „Kapital“ definieren und ganz besonders darüber, dass sie präferierten Zugang zum öffentlichen Diskurs haben. Wenn man Eliten auf diese Weise definiert, sind sie wortwörtlich die Gruppen in der Gesellschaft, die „am meisten zu sagen“ haben und in Folge dessen auch präferierten „Zugang zu den Köpfen“ eines breiten Publikums haben. Als ideologische Führer der Gesellschaft etablieren sie gemeinsame Werte, Ziele und Anliegen; sie formulieren, was den „gesunden Menschenverstand“ ausmacht und bestimmen den allgemeinen Konsens – sowohl als Individuen als auch als Führer der dominanten Institutionen der Gesellschaft. (...)
Natürlich erklärt diese besondere Sicht auf die Rolle der Eliten für die Reproduktion von Rassismus, die auf dem einfachen Argument basiert, dass sie den öffentlichen Diskurs dominieren, auch die Rolle von kleinen Elitegruppen für die nicht-dominanten Formen des Antirassismus. Wenn es allgemein zutrifft, dass führende Persönlichkeiten Verantwortung tragen und als gutes Beispiel dienen sollen, dann impliziert diese Schlussfolge-

rung auch, dass antirassistische Politik und entsprechende Veränderungen sich nicht so sehr auf die allgemeine Bevölkerung konzentrieren sollten, sondern gerade auf die, die von sich behaupten, sie hätten hier weniger Bedarf: die Eliten. Wenn sich die einflussreichsten Formen des Rassismus an der Spitze der Gesellschaft finden, dann sollten Veränderungen auch von dort ausgehen. (...)

Der politische Diskurs: Parlamentsdebatten

Zu den einflussreichen symbolischen Eliten der Gesellschaft, also zu denen, die einen besonders guten Zugang zu und Kontrolle über den öffentlichen Diskurs haben, gehören auch die PolitikerInnen. Führende Politiker haben oft schon vor den Massenmedien eine Definition der ethnischen Situation vorformuliert. Sowohl staatliche Institutionen wie die Einwanderungsbehörden und die Polizei als auch die durchführenden Behörden sind häufig die ersten, die zu den neuen ImmigrantInnen „sprechen", aber auch über sie sprechen. Ein solcher Diskurs wird sehr schnell zum offiziellen Diskurs, was sowohl Bedeutung/Inhalt als auch den Stil betrifft, und wird routinemäßig von den Medien übernommen, die diese Agenturen und Institutionen abdecken und so die dominanten Definitionen der ethnischen Situation in der allgemeinen Bevölkerung verbreiten. Abhängig von den politischen Parteien und Kontexten können solche Diskurse wiederum stereotyp, mit Vorurteilen behaftet oder sogar rassistisch sein, oder aber auch tatsächlich eine abweichende, antirassistische Position, die auf Menschenrechten, Multikulturalismus und der Anerkennung von Unterschieden basiert, vertreten.

Historisch gesehen gehörte der politische Diskurs über Andere, ob es sich dabei um Minderheiten innerhalb des Landes oder Nicht-Europäer in Ländern der Dritten Welt oder in den Kolonien handelte, zu den am offensten rassistischen Formen des Elitediskurses (Laurens, 1988). Zumindest bis zum Zweiten Weltkrieg war es üblich, dass führende PolitikerInnen über Menschen afrikanischer und asiatischer Herkunft offen abschätzig sprachen und behaupteten, als Weiße und Westliche überlegen zu sein. Nicht zuletzt auf Grund des Holocausts und des Zweiten Welkrieges wurde der politische Diskurs der Rechten nach und nach weniger offen rassistisch, der der Linken wurde antirassistischer. Diese Entwicklung sollte jedoch nicht als ein beständiger Fortschritt gesehen werden, denn in den 1990ern wurde der Diskurs über Flüchtlinge und ImmigrantInnen, der diese Gruppen problematisiert und stigmatisiert, von Neuem eröffnet – auch in den Parteien der Mitte.

Bei der Analyse der parlamentarischen Debatten über Minderheiten, Immigration, Flüchtlinge und ethnische Fragen im allgemeinen zeigen sich viele Charakteristika, die mit denen übereinstimmen, die sich auch in anderen Formen des Elitediskurses finden (van Dijk, 1993). Spezifisch für dieses Diskursgenre sind besonders Eigenschaften des Kontextes: die politische Domäne, die Institution des Parlaments, der überwiegend sozialpolitische Akt der Gesetzgebung, die TeilnehmerInnen in ihren vielen unterschiedlichen Rollen (PolitikerInnen, Parteimitglieder, Abgeordnete, Repräsentanten, Mitglieder der Opposition etc.) und die einzelnen Handlungen, wie das Verteidigen von oder das Opponieren gegen einen Gesetzesvorschlag, das Halten von Reden, das Kritisieren einer Regierung, das Attackieren des Gegners und so weiter.

Viele Teile der Parlamentsdebatten über Immigration und ethnische Fragen sind als eine Funktion dieser Kontextdimensionen organisiert. So sind populistische Redestrategien, in welchen der Wille der Leute auf der Straße beschworen wird, um z.B. die Immigration einzuschränken, eine Funktion der Position von Abgeordneten, die von Wählerstimmen abhängig sind, um im Amt zu bleiben oder der Parteilinie zu folgen haben. Positionen zu ethnischer Politik, die im Parlament eingenommen und verteidigt werden, sind demnach nicht in erster Linie persönliche Meinungen, sondern der Ausdruck von Einstellungen, die in einer Partei geteilt werden. Die gewählten Themen sind eine Funktion des gerade aktuell anstehenden Geschäfts der Gesetzgebung, wie beispielsweise der Behandlung eines Immigrationsgesetzes oder der Ankunft von Flüchtlingen aus Bosnien oder dem Kosovo.

Positionen zu ethnischer Politik, die im Parlament eingenommen und verteidigt werden, sind demnach nicht in erster Linie persönliche Meinungen, sondern der Ausdruck von Einstellungen, die in einer Partei geteilt werden.

Der politische Kontext definiert in ähnlicher Weise den Nationalismus, der in Debatten um Immigration und Minderheiten durchsickert. Ähnlich wie auch in alltäglichen Gesprächen häufig Gegenerklärungen abgegeben werden, können auch Parlamentsreden mit langen Abschnitten der positiven Selbstdarstellung in Form einer nationalistischen Glorifizierung der „langen Tradition der Toleranz" oder von der „Gastfreundschaft gegenüber Unterdrückten" beginnen. Aber natürlich „können wir nicht alle reinlassen", „haben wir kein Geld" etc. D.h. der Rest solcher Debatten ist oft sehr negativ, wenn es um die Charakterisierung der anderen oder die Legitimierung weiterer Restriktionen im Bereich der Immigration geht. Dies ist zumindest der dominante Tenor – denn hin und wieder finden wir auch tolerantere, antirassistische, abweichende Stimmen, die sich auf Menschenrechte und universale Prinzipien beziehen.

Strukturell gesehen sind Parlamentsdebatten organisierte Redesequenzen von Sprechern der Regierung und der Opposition. Auf der Basis der gegebenen politischen Positionen und Rollen äußert sich jeder Sprecher „zu" einem bestimmten Punkt, wie beispielsweise einem bestimmten ethnischen Ereignis oder einem Gesetz, und argumentiert für oder gegen eine Reihe von Standpunkten, so z.B. zu Aspekten ethnischer oder der Immigrantenpolitik. Dies bedeutet, dass solche Debatten und ihre Reden überwiegend argumentierend und rhetorisch sind.

Was neben der o.g. wohlbekannten Rhetorik von Nationalismus, Populismus und Menschenrechten an den Parlamentsdebatten über Immigration

am faszinierendsten ist, sind die argumentativen Schritte, die z.B. zur Legitimierung einer Einschränkung der Immigration genutzt werden. Viele dieser Argumentationsschritte sind zu Standardargumenten oder Topoi geworden, so z.B. die Bezugnahme auf unsere (des weißen Mannes) finanzielle Belastung, die bedauernswerte Bezugnahme auf „Ärger" im Land, die Notwendigkeit, auf die Wünsche der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen und so weiter. In ähnlicher Weise werden solche Argumentationen auch mit Fehlschlüssen unterschiedlichster Art angereichert. Eher Glaubwürdigkeit als Wahrheit wird hergestellt, indem auf bestätigte Quellen oder Meinungsmacher Bezug genommen wird, wie beispielsweise WissenschaftlerInnen oder die Kirche.

Ausgewählte emotional effektive Beispiele werden benutzt, um entweder gegen oder für eine liberalere Einwanderungsgesetzgebung zu argumentieren (Betrug seitens der ImmigrantInnen/Verweis auf folternde Regimes). Dabei wird in beiden Fällen dem Trugschluß der Generalisierung auf Grund eines Einzelfalles nachgegeben. Auch bei der Auswahl von Argumentationsschritten ist die übergeordnete Strategie die positive Selbstdarstellung und die negative Darstellung der anderen. Die Anderen können in diesen Fällen nicht nur die ImmigrantInnen sein, sondern auch jene Mitglieder von (Oppositions)Parteien, die deren Rechte verteidigen, oder umgekehrt die, die solche Rechte zu verletzen scheinen.

Parlamentsdebatten sind öffentlich, werden protokolliert und sind somit offiziell. Dies bedeutet, dass sowohl der Inhalt als auch der Stil streng kontrolliert werden, was besonders für geschriebene Reden gilt. Die spontanen Debatten sind hingegen weniger formal, wobei dies allerdings zwischen den unterschiedlichen Ländern stark variiert: In Frankreich werden zum Teil hitzige Debatten geführt, mit häufigen Unterbrechungen, Zwischenrufen und vielen rhetorischen Stilen, während in den Niederlanden und Spanien Parlamentsdebatten formal und höflich geführt werden. Dies schlägt sich entsprechend auch in den Inhalten und im Stil der Debatten über Minderheiten und Immigration nieder.

Selbstkontrolle und die Tatsache, dass man im öffentlichen Rampenlicht steht, verbieten zum Beispiel explizite Formen der Abwertung oder eine Wortwahl, die offensichtlich tendenziös ist. Dies bedeutet, dass ein solcher Diskurs selten besonders rassistisch scheint. Ganz im Gegenteil – es ist möglich, dass Toleranz und Verständnis ausgiebig thematisiert werden. Dies kann allerdings auch eine Art Spielzug sein, eine Gegenerklärung, mit der negativere Themen eingeleitet werden. Um eine Einschränkung der Immigration zu legitimieren, müssen die Sprecher ausbuchstabieren, warum ImmigrantInnen und Immigration schlecht für UNS sind. So ein allgemeiner Standpunkt kann nur mit Hilfe der auf allen Ebenen des Diskurses angewendeten, generellen Strategie vermittelt werden, die anderen negativ darzustellen. Deshalb finden wir auch im Parlament die Bezugnahme auf Missbrauch, Drogen oder Kriminalität, wenn es um ImmigrantInnen geht. Außerdem werden kulturelle Unterschiede und Konflikte sowie die verheerenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt thematisiert.

Abschließende Bemerkungen

(...) Derartige Strukturen finden sich in allen Genres des Elitediskurses. Sie werden aus ähnlichen mentalen Strukturen abgeleitet und sind auf die Konstruktion ähnlicher Strukturen hin ausgerichtet, d.h. auf den Aufbau negativer Einstellungen und Ideologien über Minderheiten und Immigration. Da solche dominanten Gruppenkognitionen sowohl die Eliten als auch die allgemeinen Bevölkerung zu ähnlich negativen Diskursen und sozialen Praktiken anregen, können wir erahnen, wie Diskurs und besonders öffentliche Diskurse der Eliten entscheidend an der Reproduktion von Rassismus beteiligt sind.

Literatur:

Brown, R. (1995). Prejudice: Its social psychology. Oxford: Blackwell Publishers.

Dovidio, J. F., & Gaertner, S. L. (Eds.). (1986). Prejudice, discrimination and racism. Orlando, FL: Academic Press.

Essed, P. (1991). Understanding everyday racism: An interdisciplinary theory. Newbury Park: Sage Publications.

Hargreaves, A. G., & Leaman, J. (Eds.). (1995). Racism, ethnicity and politics in contemporary Europe. Aldershot: Elgar.

Hurwitz, J., & Peffley, M. (Eds.). (1998). Perception and prejudice: Race and politics in the United States. New Haven: Yale University Press.

Jaeger, S. (1992). BrandSaetze. Rassismus im Alltag. („Brandsaetze"-Inflammatory Sentences / Firebombs. Racism in everyday life). DISS-Studien. Duisburg: DISS.

Jaeger, S., & Link, J. (1993). Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. (The Fourth Power. Racism and the Media). Duisburg: DISS.

Katz, P. A., & Taylor, D. A. (Eds.). (1988). Eliminating racism: Profiles in controversy. New York: Plenum Press.

Omi, M., & Winant, H. (1994). Racial formation in the United States. From the 1960s to the 1990s. London: Routledge.

Sniderman, P. M., Tetlock, P. E., & Carmines, E. G. (Eds.). (1993). Prejudice, politics, and the American dilemma. Stanford, CA: Stanford University Press.

Solomos, J. (1993). Race and racism in Britain. New York: St. Martin's Press.Van Dijk, T. A. (1984). Prejudice in discourse: An analysis of ethnic prejudice in cognition and conversation. Amsterdam Philadelphia: J. Benjamins Co..

Van Dijk, T. A. (1987). Communicating racism: Ethnic prejudice in thought and talk. Newbury Park, CA: Sage Publications, Inc.

Van Dijk, T. A. (1991). Racism and the press. London New York: Routledge.

Van Dijk, T. A. (1993). Elite discourse and racism. Newbury Park, CA: Sage Publications, Inc.

Van Dijk, T. A. (1998). Ideology. A multidisciplinary study. London: Sage.

Van Dijk, T. A. (Ed.). (1997). Discourse studies: A multidisciplinary introduction. London (England: Sage Publications).

Wellman, D. T. (1993). Portraits of white racism. Cambridge: Cambridge University Press.

Wodak, R., Nowak, P., Pelikan, J., Gruber, H., de Cillia, R., & Mitten, R. (1990). „Wir sind alle unschuldige Taeter". Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus („We are all innocent perpetrators Discourse historic studies in post war antisemitism"). Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Zanna, M. P., & Olson, J. M. (Eds.). (1994). The psychology of prejudice. The Ontario Symposium, v. 7. Hillsdale, NJ: Lawrence Erlbaum.



SUCHBEWEGUNGEN –

Interkulturelle Beratung und Therapie

Die SUCHBEWEGUNGEN kreisen um das Verhältnis zwischen Mehrheits- und Minderheitenangehörigen in professionellen Beziehungen im Bereich der Psychotherapie und der psychosozialen Beratung – eine Frage, die in der Bundesrepublik in kaum einem Berufsfeld thematisiert wird, obwohl sie wachsende Bedeutung hat. Man denke nur an Bereiche wie Justiz, Schule, Polizei etc. Die AutorInnen suchen nach Ansätzen für eine interkulturelle Beratung und Therapie, die es Professionellen erlaubt, für alle

Wie kommen deutsche TherapuetInnen eigentlich auf die Idee, Jüdinnen und Juden therapieren zu können, als wäre es etwas ganz Alltägliches? Wo gerade die alltägliche Begegnung mit Juden und Jüdinnen sie schon irritiert?

KlientInnen ein kompetentes Gegenüber zu sein. Voraussetzung dafür ist ein Bewußtsein darüber, wer sich in einer Therapie bzw. psychosozialen Beratung begegnet. Im ersten Teil geht es daher um das Verhältnis zwischen Professionellen und NutzerInnen. Ann Phoenix analysiert, welche Rolle Ethnizität im Leben von Kindern und Jugendlichen spielt und wie sich dies später auf die Beziehung zwischen HelferIn und KlientIn auswirken kann. Sie betont, dass auch weiße Kinder „rassifiziert" werden, meist ohne, dass ihnen das bewusst wäre. Denn das „Weiß-Sein" wird in der Regel nicht thematisiert, sondern stillschweigend als Norm gesehen. Dadurch wird die privilegierte Position von „Weiß-Sein" erhalten und zugleich verborgen, wie „Weiß-Sein" in Machtbeziehungen implizit enthalten ist. (24) Werden derartige Beziehungen nicht anerkannt und bearbeitet, wirken sie in die Therapie hinein – mit verheerenden Auswirkungen für Minderheitenangehörige, die sich dann auch in der Beratungssituation, in der Regel einer Krisensituation, missverstanden, gedemütigt und schlecht behandelt sehen. So beschreibt Leah C. Czollek, wie deutsche TherapeutInnen die unbewältigte NS-Vergangenheit mit in die therapeutische Beziehung hineintrugen und ihr daher nicht helfen konnten, sondern sie „wahlweise wie ein Opfer behandeln oder beschämen". (42) Sie stellt die Frage: „Wie kommen deutsche TherapuetInnen eigentlich auf die Idee, Jüdinnen und Juden therapieren zu können, als wäre es etwas ganz Alltägliches? Wo gerade die alltägliche Begegnung mit Juden und Jüdinnen sie schon irritiert?" (45)
Während „Weiße" von Natur aus universelle therapeutische Kompetenzen zu haben scheinen, gelten umgekehrt Schwarze Professionelle als für Weiße nicht zuständig. Damit wird ihre Professionalität grundsätzlich in Frage gestellt.
Der zweite Teil bietet eine kritische Auseinandersetzung mit dem Jetzt-Zustand. Elaine Pinderhuges beschäftigt sich mit der Bedeutung von „Rasse", Ethnizität und Macht für die klinische Arbeit. Zentral ist, dass psychosozial Tätige sich der Auswirkungen gesellschaftlicher Machtdynamiken auf ihre KlientInnen bewußt sein müssen, die häufig selbst machtlose Rollen einnehmen und mit unterschiedlichem Verhalten darauf reagieren. Daran kann nichts verändert werden, wenn kein Verständnis für die bestehenden Machtstrukturen vorhanden ist und das Umfeld der KlientIn nicht berücksichtigt wird. Wie unzureichend eine ausschließliche Konzentration auf die individuelle Ebene ist, wird in dem Interview deutlich, das Sylvia Schulze mit Dietrich F. Koch von XENION, einer Psychotherapeutischen Beratungsstelle für politisch Verfolgte in Berlin, führte. So sind für die Erholung von einem durch Folter erlittenen Trauma Faktoren, wie beispielsweise die soziale Unterstützung nach der Traumatisierung, genauso wichtig wie die Psychotherapie. Was aber, wenn die bundesdeutsche Gesellschaft dem Opfer nicht das Gefühl geben kann (oder will), dass er/sie nun außer Gefahr ist – sei es aufgrund von individuellem Rassismus oder aber von institutionellem, wie der deutschen Ausländer- und Asylpolitik? Dann sind Ansätze nötig, die normalerweise nicht zur Therapie gehören, so z.B. der Versuch, AkteurInnen in den entscheidenden Stellen zu beeinflussen oder das Angebot von Fortbildungsveranstaltungen über Traumatisierung für Entscheider beim Bundesamt.
Der letzte Teil möchte neue Impulse für eine interkulturelle Arbeit geben. „Zwischen Allmacht und Ohnmacht – Überlegungen zur psychosozialen Beratung mit weiblichen Flüchtlingen" (María del Mar Castro Varela und Silvia Vogelmann) beschäftigt sich mit der Frage, woran es liegt, dass die Frauen oft aus einer Beratung nicht gestärkt herausgehen, sondern eher noch weiter verunsichert werden. Häufig konzentriert sich die Beratung auf einen starken Ressourcenverlust bei den weiblichen Flüchtlingen. Dadurch werden bei den Professionellen entweder Gefühle der Allmacht oder aber von Hilflosigkeit, Kompetenzlosigkeit, Schuld und Scham ausgelöst. Dies verstärkt die Ohnmacht der Klientinnen. Abhängigkeitsverhältnisse entstehen oder werden stabilisiert. Eine Kooperation zwischen Professionellen und Klientinnen, in die die Fähigkeiten und Stärken der Betroffenen einfließen können, wird verhindert. Solchen Verhaltensweisen stellen die Autorinnen eine interkulturelle Kompetenz gegenüber, die Handlungskompetenz, Fachkompetenz, Methodenkompetenz, Lernkompetenz und Sozialkompetenz vereint (243). Außerdem wünschen sich die Autorinnen Beraterinnen mit Utopiefähigkeit, die die gegebene Situation nicht einfach als unveränder-



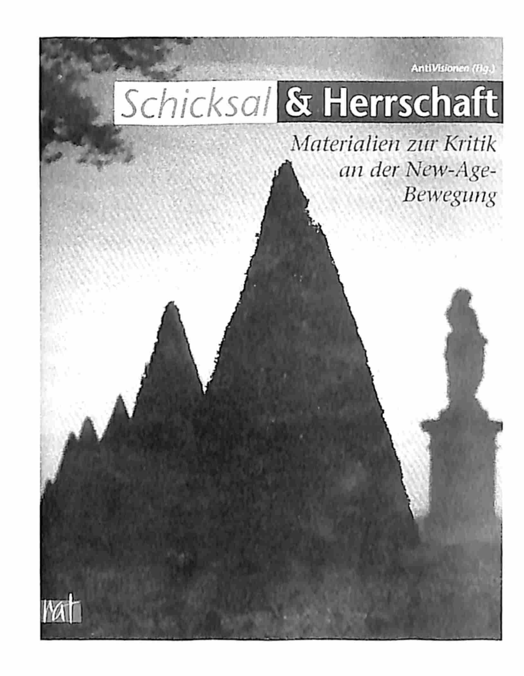
lich hinnehmen, sondern daran glauben, dass etwas geändert werden kann und auch etwas dafür tun.
Anja Weiß analysiert, was weiße Deutsche dazu motiviert, sich antirassistisch zu engagieren. Häufig werden moralisierende Begründungen gegeben, die nicht zuletzt auf ein verkürztes Rassismusverständnis zurückzuführen sind. Entsprechend ist auch antirassistisches Handeln oft zwar gut gemeint, aber unreflektiert und hat manchmal sogar den entgegengesetzten Effekt. Ihre Schlussfolgerung könnte für Professionelle unterschiedlicher Berufsfelder wegweisend sein: „Letztlich ist es jedoch einfacher und angenehmer, sich pragmatisch und mit vielen verschiedenen Menschen über geeignete Formen interkultureller und antirassistischer psychosozialer Arbeit auseinanderzusetzen, als sich an einer scheinbar klaren moralischen Norm zu orientieren, die aufgesetzt bleibt und den eigenen Interessen nicht entspricht."

María del Mar Castro Varela, Sylvia Schulze, Silvia Vogelmann, Anja Weiß (1998): Suchbewegungen. Interkulturelle Beratung und Therapie. Tübingen (dgut-Verlag)

Schicksal und Herrschaft ...

... heißt ein neuer lesenswerter Reader zum Thema New Age/Esoterik. Die HerausgeberInnen fanden sich 1997 im Bündnis AntiVisionen zusammen, um eine Gegenöfflichkeit zum jährlich in Bremen stattfindenden Esoterikkongreß „Visionen menschlicher Zukunft" herzustellen. Mit dem Ziel, die kritische Diskussion über New Age innerhalb der Linken zu vertiefen, organisierte das Bündnis Workshops und Veranstaltungen parallel zum Kongreß und entwickelte die nun vorliegende Broschüre.
Eine Schwierigkeit, esoterische Bewegungen zu umreißen, besteht in ihrer unglaublichen Vielfalt. Seit Mitte der 80er Jahre haben sich esoterische, das heißt vor allem spirituelle und biologistische Strömungen im deutschsprachigen Raum stark ausgebreitet und dringen nach und nach in alle gesellschaftlichen Bereiche ein. Von klassischen EsoterikerInnen, Neuheiden, IndividualistInnen, NaturfreundInnen, GesundbeterInnen, linken und feministischen Spirituellen ... wird zwar unterschiedliches, bisweilen widersprüchliches vertreten, doch beziehen sich alle auf eine höhere kosmische Ordnung, die die sogenannte „Ganzheitlichkeit" darstellt, berufen sich auf die „Autorität der Natur" und stellen das Individuum, individuellen Bewußtseinswandel, das Selbst, seine Findung und Verwirklichung in den Vordergrund.
Ausgangspunkt der Abhandlungen ist die Definition von New Age als Teil einer ideologischen Modernisierung von Herrschaft, die sich von den bisher verbreiteten Charakterisierungen – Feststellung von Parallelen zum Faschismus, Vorwurf der Irrationalität – unterscheiden und über diese hinausgehen. „Im Endeffekt werden durch das ideologische Gebäude des New Age herrschaftsförmige Entwicklungen gestützt oder verschärft. Die Entfremdung des Subjekts von Natur und Arbeit wie sozialem Umfeld wird durch die Konstruktion eines ideologischen Gebäudes verdeckt. Die aktuell immer relevanter werdende Soziale Frage und die mit ihr verbundenen Politik von Ausgrenzung, neoliberaler Leistungsphilosophie und Profitmaximierung wird in einen apolitischen Raum gestellt (...) Die Höherentwicklung des Bewußtseins wird zum Ziel gesellschaftlicher Entwicklung als auch zum Ausgrenzungsmaßstab für angeblich weniger Entwickelte" schreibt Hans

Hansen und klärt – was sehr hilfreich ist – gleich zu Anfang einige Grundbegriffe wie Esoterik, Ganzheitlichkeit und Spiritualität.
Neben den in diesem Kontext schon bekannteren Themen *Neue Rechte, Ökofeminismus und Neue Frauenbewegung* und der *Waldorfpädagogik Rudolf Steiners*, dessen rassistische Anschauungen auch heute noch von seinen Anhängern geleugnet und großzügig übersehen werden, gibt es eine interessante Abhandlung zu den *Parallelen von Esoterik und Nationalsozialismus* (Hans Hansen), die sich als Positionierung in der bestehenden Diskussion um Vergleich und Nichtvergleich versteht. Ohne den Nationalsozialismus auf eine neue Religion oder esoterische Bewegung zu reduzieren, werden Gemeinsamkeiten herausgearbeitet. Aufschlußreich beschreibt der Autor die Entstehung der völkischen Bewegung, deren Ideen in der Schaffung einer deutschen, völkischen Spiritualität gipfelten, die von den Nationalsozialisten als wichtiges Element ihrer politischen Symbolik verwendet wurde. Schon Anfang des 16. Jahrhunderts wurde zur Stärkung des deutschen Nationalgefühls – als Ablehnung zur katholischen Kirche und der dominanten Rolle Italiens – Bezug genommen auf die Geschichte der Germanen. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bildete sich ein „romantischer Nationalismus“, der sich mit idealisierten Vorstellungen von der „Beseeltheit der Natur“ den Ideen der Aufklärung entgegenstellte. Anfangs im gebildeten Bürgertum verbreitet, wurden später alle Deutschen verbündet, wie von Johann Gottlieb Fichte, der in seinen Reden an die deutsche Nation diese zur europäischen Kulturnation schlechthin erhob. Zur eigentlichen Entstehung der völkischen Bewegung kam es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Antimodernismus, Antifeminismus, Chauvinismus, Rassismus und Esoterik, Heidentum sowie arische Spiritualität verbindeten sich auf vielfältige Weise und stärkten die reaktionären Teile der Ökologie-, Lebensreform- und Jugendbewegung. Hinzu kamen rassistische und sozialdarwinistische Ansätze, die zur Formung einer „Volksgemeinschaft“ führten. In der 1918 gegründeten Thule-Gesellschaft versammelten sich spätere Mitglieder der NSDAP. Im Wechselspiel moderner und antimoderner Einflüsse traten rein esoterische Strömungen im Nationalsozialismus in den Hintergrund, wenn auch immer wieder mythologische Versatzstücke bemüht wurden. Deutlich wird in dem Artikel, daß die Esoterik nicht – wie oft behauptet – vom Nationalsozialismus mißbraucht wurde, sondern inhaltlich und personell Teil der faschistischen Ideologie war.
Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist die Vorstellung einer „emanzipativen Spiritualität“, wie sie auch in Teilen der Linken existiert, undenkbar. Eine in der Hannoveraner Zeitung RAZZ heftig geführte Diskussion um das Verhältnis zwischen spirituellen Ansätzen, esoterischen Praktiken und linker Politik und Lebensweise wird in Auszügen von der Gruppe FRIDA dokumentiert. Sie attestiert der Pro-Seite in der Debatte die Sehnsucht nach einer Lösung für vermeintliche oder tatsächliche Probleme der Linken, wie das Verhältnis des Privaten zum Politischen, fehlender Sinnlichkeit oder dem Naturverständnis.
Daß das Bedürfnis nach Religion und Spiritualität kein angeborenes ist, sondern ein Fetisch, bringt Maria Wölflingseder in ihrem Beitrag *Esoterik und die Linke* in Erinnerung: „... der immer stärker werdende Konsumethos – der systemimmanente Zwang, den Mehrwert zu realisieren – wird nicht in Frage gestellt, sondern in der Form der käuflichen Ware Heilsangebot, die in schier unendlich vielen Ausführungen erhältlich ist, fortgeschrieben. Ein ökonomisch bedeutendes neues Marktsegment ist entstanden.“ Einen von mehreren Gründen für das Massenphänomen Esoterik sieht sie in der Tatsache, daß die Linke heute wenig gesellschaftliche Relevanz hat und es für viele eine Möglichkeit darstellt, in diesem „falschen Leben“ (Adorno) zurechtzukommen und zu überleben. Statt der defensiven Haltung verlangt sie, „radikale Analyse und Kritik voranzutreiben, aufzurütteln und zu verunsichern, und die herrschende Logik durchschaubar zu machen.“
Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen, es sei nur noch gesagt, daß eine umfangreiche Literaturliste zum Thema, unterteilt in Original und Kritik, diese – und auch das kann man erwähnen – ansprechend gestaltete Broschüre abschließt.



AntiVisionen (Hrsg.), Schicksal & Herrschaft, Materialien zur Kritik an der New-Age-Bewegung, Reihe Antifaschistischer Texte, 80 Seiten, 8 DM



Die Fratze der eigenen Geschichte – Von der Goldhagen-Debatte zum Jugoslawien-Krieg

Das von Jürgen Elsässer und Andrei S. Markovits herausgegebene Buch „Die Fratze der eigenen Geschichte“ ist eine erweiterte Dokumentation einer Tagung der Heinrich Böll Stiftung im Mai 1999 mit Originalbeiträgen von Daniel Jonah Goldhagen. Das ausschlaggebende Moment für die Initiatoren, diese Tagung ins Leben zu rufen, war die, wenn überhaupt vorhandene, zustimmende Reaktion vieler deutscher Intellektueller auf die Rede von Martin Walser und die damit verbundene „wachsende Vergessens- und Verdrängungssehnsucht auch seitens Vertretern der deutschen Linken“. Das Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ von Daniel Goldhagen erschien den Initiatoren in diesem Zusammenhang als gute Diskussionsgrundlage, da Goldhagen in seinem Buch „Themen problematisiert, die vorher von der Geschichtswissenschaft kaum, wenn überhaupt, angesprochen wurden“. Zudem zeigte er mit seinem Buch „Wirkungen in der deutschen Diskussion [...], die qualitativ neu und wichtig waren“.

Zu Beginn des ersten Kapitels „Von der Goldhagen-Kontroverse zum Walserstreit“ erläutert Wolfgang Wippermann, wie unwissenschaftlich „deutsche Historiker“, die „Goldhagen kollektiv und geschlossen abgelehnt haben“, an Goldhagens Buch herangegangen sind und sich eigentlich mehr um ihn als um sein Buch „gekümmert“ haben. Goldhagen bemerkt in diesem Kapitel einiges zu der internationalen Rezeption seines Buches. Das zweite Kapitel „Hitlers willige Vollstrecker und die weitere Forschung“ eröffnet Daniel Goldhagen mit einem Text über ein neues erforderliches Paradigma. Er fordert, dass die wissenschaftliche Forschung zum Holocaust höhere Priorität als bisher auf Aussagen der Opfer setzen und dazu vermehrt Zeugnisse der Opfer hinzuziehen sollte. Auch sollte mit der Vorstellung der marionettenhaft handelnden Täter aufgeräumt werden.

Im dritten Kapitel „Das Kosovo und die Fratze der eigenen Geschichte“ wird der Bogen zur aktuellen Politik gezogen. Bei dem, was deutsche Politiker im Zusammenhang mit der Intervention in das Kosovo aus deutscher Geschichte alles gelernt haben wollen, ist dies auch nicht schwer. Untersucht werden in diesem Artikel u.a. „Aufgaben und Grenzen geschichtlicher Vergleiche im Kosovo-Konflikt“. Im Beitrag von Daniel Goldhagen, einem Artikel aus dem Britischen „Guardian“, bezieht er klar Position für die Intervention.

Jürgen Elsässer, Andrei S. Markovits (HG.), Die Fratze der eigenen Geschichte – Von der Goldhagen-Debatte zum Jugoslawien-Krieg, Elefanten Press Berlin

Der lange Schatten der NS-Diktatur

Dieses Buch ist die erste umfassende Darstellung der NS- Raubgold-Debatte aus deutscher Sicht. Wenn in Deutschland von Rückgabe die Rede ist, dann ist normalerweise der in der Nachkriegszeit enteignete Großgrundbesitz in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone gemeint. Begriffe wie Raub oder Beute beziehen sich auf die „Beutekunst“, die von Rußland zurückgefordert wird. Die Verknüpfung mit der NS-Raubpolitik ist nicht präsent, da bis heute keine Vorstellung vom Ausmaß der deutschen Raubpolitik vorhanden ist. Auch verschwanden schon Anfang der 50'er Jahre auf wundersame Weise Akten der Deutschen Reichsbank, diese hätten Aufschluß über die Verwertung des Raubgoldes geben können. Wunder gibt es immer wieder.

Trotz der internationalen Zurechtweisung hinsichtlich der Verweigerungshaltung in Fragen Entschädigung gibt es kaum Bereitschaft, den Ursachen für dieses Versagen auf den Grund zu gehen. Deutsche Untersuchungskommissionen existieren nicht, die einzige umfassende Darstellung zur Entschädigungspolitik ist immer noch die regierungsoffizielle. Aufgrund der Etablierung einer neuen Weltordnung setzen allerdings die ersten Reflexionen von Ideologie und Praxis der Zeit nach dem Nationalsozialismus ein. Die in diesem Buch zusammengefaßten Texte stellen den Verlauf dieser Debatte dar. Sie umfassen Aufsätze, Artikel, Kommentare usw. und eröffnen die Möglichkeit, in chronologischer Abfolge eine Einführung in diese Thematik zu bekommen.



Rolf Surmann / Dieter Schröder, Der lange Schatten der NS-Diktatur, rat / Unrast-Verlag, Hamburg / Münster 1999, 206 S., ISBN 3-89771-801-4

Alles muß raus!

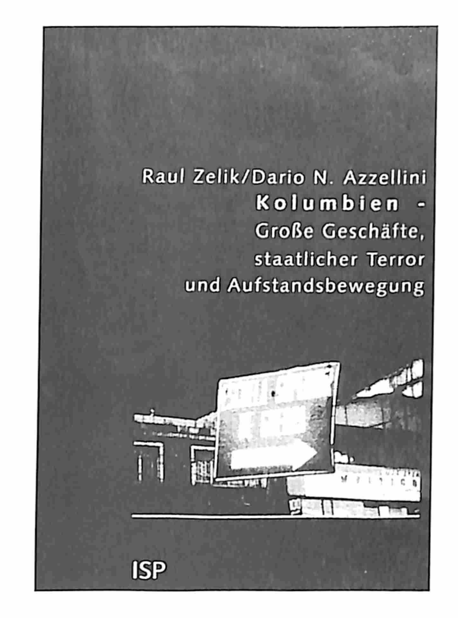
Der in Zusammenarbeit mit Studenten der Fachhochschule Hamburg entstandene Dokumentarfilm „Alles muß raus!“ von Irene Bude und Olaf Sobczak beschäftigt sich am Beispiel des Hamburger Hauptbahnhofs mit der Privatisierung des öffentlichen Raums und der damit verbundenen Vertreibung unliebsamer Personen aus den Innenstädten, also mit den „Spielregeln“ im öffentlichen Raum.
Die Autoren lassen Sozialarbeiter, Polizisten, Bettler, Obdachlose, Drogenabhängige, Wachschützer und Passanten zu Wort kommen und verhehlen



dabei nicht die Sympathie für die Opfer der Vertreibungen, auch wenn die Aussagen größtenteils unkommentiert bleiben. Einen Höhepunkt der „baulichen Maßnahmen, um bestimmte Szenen zu verdrängen“ (Geschäftsführer der Betreuungsgesellschaft für den Bahnhof), stellt die Umzäunung einer Sitzmauer dar, die nun auch „normale Menschen nicht mehr benutzen können“ (Passant).
Insgesamt kann der Film dem Thema keine neuen Facetten abgewinnen, sehenswert ist er trotzdem.

Irene Bude/Olaf Sobczek, Alles muß raus!, 40 Minuten

Große Geschäfte in Kolumbien



Das Buch „Kolumbien – Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung“ von Raul Zelik und Dario N. Azzellini zeigt auf 247 Seiten „worum es in Kolumbien geht: um einen extrem militarisierten [...], international (zwar) ignorierten Krieg der Besitzenden gegen die Bevölkerungsmehrheit, [...] der sich (aber) zu internationalisieren scheint.“ Die Autoren stehen dabei zum Glück „einer politischen „Neutralität“ in der journalistischen Arbeit [...] sehr skeptisch (gegenüber)“ und beziehen lieber klare Positionen, die sie genauso klar und sachlich herleiten und argumentativ untermauern. Dabei bleiben sie auch für diejenigen verständlich, die bisher nicht mehr über Kolumbien wußten, als dass es dort Kokain, Mafia, Terrorismus und Gewalt gibt. Dies liegt zum großen Teil am „didaktischen“ Aufbau des Buches. Beginnend mit zwei Interviews mit exilierten Gewerkschaftern, wird man sozusagen aus „erster Hand“ in die Problematik „hineingeworfen“, um in den nächsten beiden Kapiteln, die sich mit Region, Bevölkerung, Wirtschaft und der Geschichte Kolumbiens beschäftigen, sogleich wieder aufgefangen zu werden. Ab dem vierten Kapitel geht es dann um die aktuelle Situation des Landes und der Leser kann nun aufgrund seines erworbenen Vorwissens gut den Ausführungen der Autoren folgen.

Raul Zelik/ Dario N. Azzellini, Kolumbien – Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung, Orig.- Ausg. – Köln: Neuer ISP – Verl., Okt. 1999

Themenschwerpunkte:

1992
Nr. 2 Greift ein! – Schaut nicht länger weg
Nr. 3 Wer schweigt stimmt zu
Nr. 4 Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda
Nr. 5 Roma/Rostock (vergriffen)

1993
Nr. 6 Gleiche Rechte für Alle/Lagerkampagne (vergriffen)
Nr. 7 Rassismus und Medien (vergriffen)
Nr. 8 Ausweisung und Abschiebungen (vergriffen)
Nr. 9 Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen (vergriffen)

1994
Nr. 10 Rassismus und Bildung
Nr. 11 Innere Sicherheit
Nr. 12 Rassismus und Soziale Frage
Nr. 13 Polizei und Justiz

1995
Nr. 14 Deutscher Antirassismus? Gemeinsame Ausgabe mit Off Limits
Nr. 15 Illegalisierung
Nr. 16 Europa
Nr. 17 Alltag-Kultur-Rassismus

1996
Nr. 18 VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit Arranca!
Nr. 19 Einwanderungspolitik
Nr. 20 Ökologie
Nr. 21 Balkan, Krieg und Flucht

1997
Nr. 22 City 2000
Nr. 23 Mobilität
Nr. 24 Globale Migrationskontrolle
Nr. 25 Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität

1998
Nr. 26 MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt
Nr. 27 Antirassistische Jugendarbeit
Nr. 28 Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte
Nr. 29 Sport und Rassismus

1999
Nr. 30 Das Ende der Tabus
Nr. 31 Gesundheit als Privileg
Nr. 32 Die Bilder-ZAG
Nr. 33 Konzepte antirassistischer Arbeit

ANTIRASSISTISCHE UND ANTIFASCHISTISCHE TELEFONE IN DER BRD

Aachen
Antifa/Antira Infobüro
02 41/3 48 68

Bayreuth
Neues AntiraTelefon
0951/603 08 74

Bielefeld
AntiDiskriminierungsBüro
05 21/6 40 94
mo-fr 10–13 & di 18–20h

Bremen
Anti-Rassismus-Büro
04 21/70 64 44
di 15–19h

Delmenhorst
Infotelefon
0 42 21/1 78 15

Dortmund
Infotelefon Dortmund
02 31/41 66 65

Düsseldorf
Nottelefon gegen Rassismus
02 11/9 92 00 00
24 Stunden

Erlangen
Infobüro gegen Rassismus
0 91 31/20 22 68
di. 10–12

Essen
Anti-Rassismus-Büro
02 01/23 20 60

Giessen
Antirassistisches/– antifaschistisches Notruftelefon
04 61/79 14 64
mo–sa 19–20h, so 20–21h

Hamburg
Antirassistisches Telefon
0 40/43 15 87
mo–sa 9–23h

Kassel
Büro antirassistischer Initiativen
05 61/1 79 19

Lübeck
Antifaschistisches Telefon
04 51/7 02 07 48
täglich außer so & di, 18–21h

Passau
Infotelefon Antifa
08 51/3 61 06
fr 16–18h

ZAG-Bestellpostkarte:

Ich abonniere die ZAG ab der Nr.......... und erhalte ein ZAG Jahresabo, vier Ausgaben zum Preis von 24,– DM.

- ❒ Auslandsabo zu 35,– DM
- ❒ Förderabo in Höhe von..........DM.
- ❒ Bitte schickt mir als Willkommen kostenlos den Jahrgang 1998 (Nr. 26–29) oder
- ❒ Bitte schickt mir die Mumia-CD

Nach Erhalt einer Rechnung überweise ich auf das Konto

Antirassistische Initiative Berlin e.V.
Bank für Sozialwirtschaft e.V.
BLZ 100 205 00
Stichwort ZAG
Konto: 303 96 01

ZAG/Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH
D–10965 Berlin

ZAG im Abonnement

Wer die Zag regelmäßig lesen möchte, sollte abonnieren. Ein ZAG-Jahresabo, (4 Ausgaben) kostet 24,– DM, (Ausland 35,– DM) inkl. Versandkosten. Lieferung nur gegen Vorauskasse. Bitte füllt die Bestellung und die Überweisung vollständig aus, also mit Name, Adresse und Wohnort. In der Abo-Verwaltung taucht immer wieder das Problem auf, daß wir wegen mangelnder Angaben nicht wissen, an wen oder wohin wir die ZAG schicken sollen. Überweisungen ohne Angabe von Namen oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden. Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassitische Initiative. (Spenden sind steuerlich absetzbar). Laden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens 5 Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 % Wiederverkäuferrabatt. Ältere Ausgaben der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden.